

Thomas Milic, Philippe Rochat

# VOLKSABSTIMMUNG ÜBER DEN BEITRITT ZUM INTER- NATIONALEN WÄHRUNGSFONDS (IWF) VOM 22. SEPTEMBER 2024

ERGEBNISSE EINER ONLINEUMFRAGE



# Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	3
Abstimmungshistorie .....	4
Amtliches Ergebnis .....	6
Unterschriftensammlung und Abstimmungsresultat .....	7
Stimmbeteiligung .....	8
Ungültige Stimmen.....	9
Umfrage zur Volksabstimmung .....	10
Informationen zur Datenerhebung.....	11
Entscheidungszeitpunkt und -schwierigkeit der Abstimmenden .....	12
Stimmverhalten nach politischen Merkmalen .....	15
Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen .....	16
Stimmverhalten nach Vertrauen in die Institutionen.....	17
Motive der Ja-Stimmenden .....	18
Motive der Nein-Stimmenden .....	20
Anklang der Pro-Argumente .....	22
Anklang der Kontra-Argumente .....	26
Wichtigkeit der Informationskanäle .....	30
Wichtigkeit der Informationskanäle nach Entscheid .....	31
Wichtigkeit der Informationskanäle über die Zeit.....	32
Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung.....	33
Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung nach Entscheid.....	34
Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung über die Zeit .....	35

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

DpL	Demokraten pro Liechtenstein
FBP	Fortschrittliche Bürgerpartei
FL	Freie Liste
VU	Vaterländische Union

## Zusammenfassung

Eine Mehrheit von rund 56 Prozent stimmte am 22. September 2024 dem IWF-Beitritt Liechtensteins zu. Die Beteiligung betrug knapp 60 Prozent, was klar unter dem Durchschnitt der letzten 20 Jahre (69 %) zu liegen kommt.

Mehr Stimmenden (22 %) als sonst fiel es schwer zu verstehen, worum es bei der Abstimmung ging. Der Entscheid wurde überdies vergleichsweise spät gefällt. Mehr als 40 Prozent legten sich erst in den letzten Wochen und Tagen vor dem Urnengang fest. Schliesslich wurde der Vorlage eine im Vergleich zu früheren Abstimmungen eher mässige persönliche Bedeutung zugemessen. Diese Werte legen den Schluss nahe, dass die Vorlage von nicht wenigen Stimmenden als materiell komplex und alltagsfremd wahrgenommen wurde. Überdies fiel es den Stimmberechtigten offenbar auch schwer, darin eine persönliche Betroffenheit zu erkennen, was sich in der Folge auch auf die Stimmbeteiligung niederschlug, die unterdurchschnittlich ausfiel.

Soziodemografische Merkmale spielten so gut wie keine Rolle bei der Entscheidungsfindung. Politische Merkmale waren für den Entscheid hingegen von hoher Bedeutung. Sympathisierende der beiden Grossparteien stimmten dem IWF-Beitritt grossmehrheitlich zu, die VU-Sympathisant:innen gar

wichtig (90 %). Auch die FL-Sympathisierenden hiessen den Beitritt deutlich gut – entgegen der Empfehlung der eigenen Partei. Tatsächlich war die Übereinstimmung zwischen Parteiempfehlung und Stimmverhalten bei der FL seit 2011 noch nie so tief. DpL-Sympathisierende verwarfen den Beitritt indessen im Verhältnis von 9 zu 1.

Unter den Zustimmenden dominierte das Motiv, wonach der IWF-Beitritt eine Absicherung im Krisenfall bedeute. Sodann bildeten auch die internationale Reputation und Sichtbarkeit Liechtensteins einen wichtigen Beweggrund. Schliesslich wurden ungewöhnlich oft Empfehlungen und Parolen als Motive genannt.

Die Nein-Motive waren breiter und gleichmässiger gestreut. Einige sahen im IWF-Beitritt keine Notwendigkeit, andere kritisierten die Kosten oder den IWF als Institution, während sich nochmals andere um die Souveränität des Landes sorgten.

Der Argumententest zeigt klare Fronten: Befürwortende pflichteten praktisch allen Pro-Argumenten bei, während Ablehnende ihrerseits so gut wie allen Kontra-Argumenten zustimmten. Nur zwei Argumenten stimmten sowohl Ja- wie auch Nein-Stimmende mehrheitlich zu. Das erste besagte, dass die administrativen Kosten von 500'000 CHF jährlich für Liechtenstein tragbar seien.

Das wurde auch von einer Mehrheit der Nein-Stimmenden nicht angezweifelt. Umgekehrt waren auch Ja-Stimmende skeptisch, was den Einfluss Liechtensteins innerhalb des IWF anbelangt.

Aussergewöhnlich viele Stimmende orientierten sich an Empfehlungen bzw. Standpunkten. Mehr als die Hälfte der Ja-Stimmenden (55 %) bezeichnete beispielsweise den Standpunkt der Regierung als wichtigen Faktor bei der individuellen Meinungsbildung, während das Fürstenhaus von 45 Prozent der Befürwortenden als wichtiger Orientierungswert bezeichnet wurde. Auch Wirtschaftsverbände wurden von den Ja-Stimmenden ungewöhnlich oft genannt (38 %). Dieser Befund deckt sich mit der Motivauswertung, die zeigte, dass Empfehlungen oftmals eine wichtige Entscheidungshilfe darstellten. Der Gründe für den häufigen Rückgriff auf Empfehlungen und Parolen liegen in der vergleichsweise geringen Themenvertrautheit. Der IWF ist wenig bekannt, die Stimmberechtigten waren deshalb öfter als sonst auf Orientierungshilfen angewiesen.

# Abstimmungshistorie

Der IWF ist eine Sonderorganisation der UNO, dessen Hauptaufgabe darin besteht, Ländern in Krisensituationen und ohne ausreichende Währungsreserven rasch Kredite zu vergeben. Ihm gehörten vor der Abstimmung vom 22. September 2024 190 Länder an. Von den UN-Mitgliedsstaaten waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nur Kuba, Monaco, Nordkorea und Liechtenstein kein Mitglied des IWF. IWF-Beschlüsse bedürfen einer Mehrheit von 85 Prozent der Stimmen. Die Anzahl Stimmen der Mitgliedsstaaten orientieren sich an deren Kapitalanteilen. Den grössten Stimmrechtsanteil haben die USA mit 16,5 Prozent.

Der Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde hierzulande seit geraumer Weile diskutiert und bildete ein Ziel der gouvernementalen Finanzplatzstrategie von 2019. Der Landtag beauftragte die Regierung im September 2022 mit der Aufnahme von Verhandlungen zum Beitritt zum IWF. Das Verhandlungsergebnis der Regierung wurde dem Landtag Anfang 2024 vorgelegt. Hinterlegt würde dabei beim IWF

eine (verzinst) Währungsreserve von ca. 30 Mio. CHF. Die Kosten für den administrativen Aufwand einer IWF-Mitgliedschaft wurden mit ca. 0,5 Mio. CHF jährlich angegeben. Der Landtag stimmte dem Beitritt sodann nach mehrstündiger Debatte im Mai 2024 mit 19 Stimmen (bei sechs Gegenstimmen) zu. Der Antrag, den Beschluss einer Volksabstimmung zuzuführen, wurde vom Parlament indessen abgelehnt.

Zur Abstimmung kam es gleichwohl. Denn ein Ad-hoc-Komitee vertreten durch Gebhard Frick, Hanni Hoop und Markus Vogt sammelte in etwas weniger als vier Wochen 2'745 Unterschriften. 1'500 sind für ein Staatsvertragsreferendum erforderlich. Der Urnengang wurde auf den 22. September 2024 festgelegt. Somit war Liechtenstein nach der Schweiz (1992) das zweite Land, das an der Urne über einen IWF-Beitritt entschied. Für Liechtenstein ist es überdies das zweite Mal,<sup>2</sup> dass über ein durch eine Unterschriftensammlung ausgelöstes Staatsvertragsreferendum abgestimmt wurde.

<sup>2</sup> Das Staatsvertragsreferendum wurde 1992 durch eine Volksinitiative eingeführt. Seither stimmte das Liechtensteiner Stimmvolk zwei Mal über den EWR ab (ohne vorhergehende Unterschriftensammlung) und 2000 über die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (Staatsvertrag mit der Schweiz).

## Abstimmungsverhalten im Landtag zum Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Parteien am 16. Mai 2024 (nach Parteien)

	Ja	Nein
FBP	8	2
VU	10	0
FL	1	2
DpL	0	2
<b>TOTAL</b>	<b>19</b>	<b>6</b>

VU- und FBP-Vorstand sprachen sich jeweils zugunsten eines Beitritts aus; die VU einstimmig, die FBP mehrheitlich. Das Fürstenthaus sprach sich ebenfalls für einen Beitritt aus. Der Erbprinz lud Anfang September zu einem Mediengespräch ein, wo er seine Argumente zugunsten eines Beitritts abermals darlegte. Auch die Wirtschaft empfahl eine Annahme der Vorlage, darunter etwa der Liechtensteinische Bankenverband und die LIHK. Die Freie Liste (FL) beschloss an ihrer Mitgliederversammlung vom 19. August hingegen die Nein-Parole. DpL-Exponenten gehörten ebenfalls dem Nein-Lager an.

Interessanterweise gleicht die Konfliktkonfiguration im Vorfeld der Abstimmung

<sup>1</sup> Im Landtag war der IWF-Beitritt schon drei Mal Thema, etwa im Rahmen einer Interpellationsbeantwortung im Jahre 2011.

# Abstimmungshistorie

jener der Schweiz, die 1992 über den IWF-Beitritt befand. Auch in der Schweiz erwuchs dem Beitritt Opposition hauptsächlich von links und rechts der Mitte: Grüne und ein Teil der Sozialdemokratischen Partei (SP) bekämpften den IWF aus entwicklungspolitischen, Teile der Schweizerischen Volkspartei (SVP) primär aus Kostengründen.

Der Abstimmungskampf verlief sehr animiert. Mehrere Informationsveranstaltungen und Debatten wurden organisiert. Eine «IG Ja für Liechtenstein, Ja zum IWF-Beitritt» engagierte sich auf der Pro-, das Nein-Komitee auf der Kontra-Seite. Nicht alltäglich war überdies, dass der Regierungschef mit einer Leserzuschrift auf einen «offenen Brief an Regierung und Landtag» im Liechtensteiner Vaterland reagierte. Aussergewöhnlich war auch, dass das Fürstenhaus zu einem Mediengespräch auf Schloss Vaduz einlud.

Geworben wurde vornehmlich im Internet, meist zugunsten eines Beitritts. Strassenplakate waren hingegen keine zu sehen. Leserbriefe wiederum gingen zahlreiche ein.

# Amtliches Ergebnis

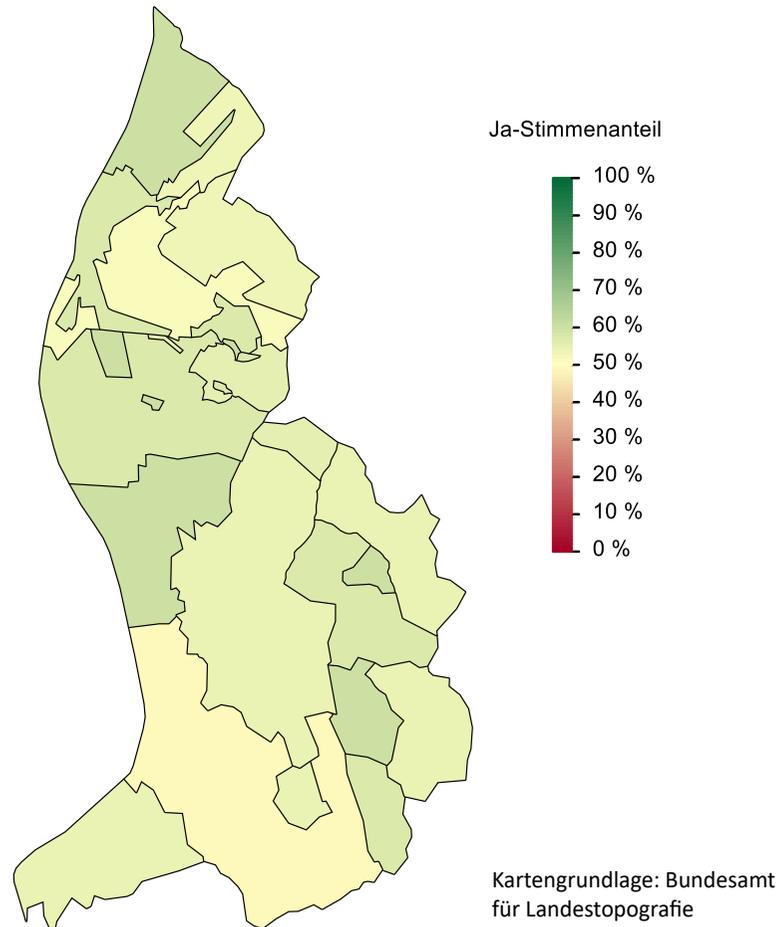
## Abstimmungsergebnis vom 22. September 2024

	Zahl
Stimmberechtigte	21'114
Abgegebene Stimmkarten	12'649
Stimmbeteiligung	59,9 %
Total gültige Stimmen	12'401
Ja-Stimmen	6'920
Nein-Stimmen	5'481
Ja-Anteil	58,8 %
Nein-Anteil	44,2 %

Quelle: [Amtliche Kundmachung vom 24.9.2024](#)

Die Volksabstimmung über den Beitritt zum IWF wurde mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 55,8 Prozent angenommen. In allen elf Gemeinden stiess die Vorlage auf mehrheitliche Zustimmung. Am höchsten war die Zustimmung in der Gemeinde Vaduz mit 61,5 Prozent. Am tiefsten war die Zustimmung in der Gemeinde Triesen mit 50,1 Prozent. 740 Ja-Stimmen standen dort 736 Nein-Stimmen gegenüber.

## Abstimmung IWF-Beitritt: Ergebnis in den Gemeinden



# Unterschriftensammlung und Abstimmungsresultat

Für das Staatsvertragsreferendum zum Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden 2'745 gültige Unterschriften gesammelt.

*In der Tabelle ist die Zahl der Unterschriften bei Volksinitiativen und Referenden seit 2002 dargestellt. Für ein Referendum oder eine Gesetzesinitiative sind 1'000 Unterschriften erforderlich; für ein Staatsvertragsreferendum oder eine Verfassungsinitiative werden 1'500 Unterschriften benötigt.*

## Unterschriften für Referenden und Initiativen seit 2002 (grün=Vorlage angenommen)

Jahr	Vorlage	Instrument	Quorum	Unterschriften	Ja (%)
2002	Verkehrspolitik	Initiative	1'500	2'431	45,5
2003	Verfassungsrevision (Fürst)	Initiative	1'500	6'244	64,3
2003	Verfassungsrevision (Komitee)	Initiative	1'500	2'200	16,6
2004	Obligatorische Unfallversicherung	Referendum	1'000	2'827	33,7
2004	Polizeigebäude/Sicherheitszentrum	Referendum	1'000	3'658	31,8
2005	Schwangerschaftsabbruch und Sterbehilfe	Initiative	1'500	1'891	18,7
2006	Halten von Hunden	Referendum	1'000	1'608	62,7
2009	Rauchverbot	Referendum	1'000	2'568	52,2
2009	SPES I	Referendum	1'000	2'256	47,1
2009	Mobilfunk	Initiative	1'000	2'088	57,0
2010	Industriezubringer Schaan	Referendum	1'000	1'257	51,9
2011	Partnerschaftsgesetz	Referendum	1'000	1'208	68,8
2011	Schwangerschaftsabbruch	Initiative	1'000	1'580	47,7
2011	Landesspital	Referendum	1'000	2'951	41,9
2012	Vetorecht des Fürsten	Initiative	1'500	1'726	23,6
2014	Pensionskasse – Win-Win-90	Initiative	1'000	2'361	43,9
2014	Pensionskasse – Win-Win-50	Initiative	1'000	2'327	49,7
2015	Krankenversicherungsgesetz	Referendum	1'000	2'636	53,2
2016	Familienzulagen	Initiative	1'000	1'144	17,6
2018	Tour de Ski	Referendum	1'000	1'730	40,7
2020	HalbeHalbe	Initiative	1'500	1'863	21,2
2022	Franchise-Befreiung	Initiative	1'000	2'846	63,9
2022	Gesetzliche Grundlage 2G	Referendum	1'000	3'572	47,3
2023	Casino-Verbot	Initiative	1'500	2'265	26,7
2024	Photovoltaik-Pflicht	Referendum	1'000	2'805	33,0
2024	Anpassung Gebäudevorschriften	Referendum	1'000	2'813	34,8
2024	Elektronisches Gesundheitsdossier	Initiative	1'000	1'828	46,1
2024	Volkswahl der Regierung	Initiative	1'500	1'956	32,0
2024	Ergänzungskredit Landesspital	Referendum	1'000	1'690	54,0
2024	Beitritt zum IWF	Referendum	1'500	2'745	55,8

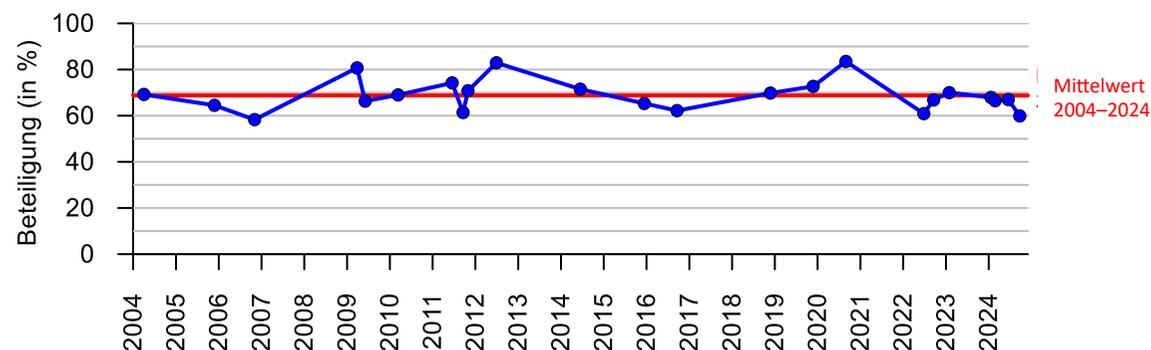
# Stimmbeteiligung

Die durchschnittliche Beteiligungsrateseit 2004 beträgt rund 69 Prozent. Mit einer Beteiligung von 59,9 Prozent liegt die Abstimmung vom 22. September 2024 ziemlich klar unter diesem Durchschnittswert.

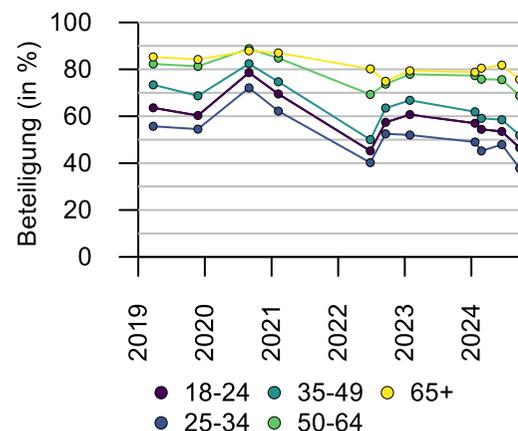
Frauen (60,3 %) haben nur geringfügig häufiger teilgenommen als Männer (59,5 %). Grösser sind die Differenzen wie üblich zwischen den Altersgruppen: Am fleissigsten nahmen – wie in den meisten Urnengängen seit 2019 – die über 64-Jährigen teil (75,7 %). Die tiefste Beteiligungsrates weisen wie üblich die 25- bis 34-Jährigen vor. Nur etwas mehr als ein Drittel von ihnen nahmen an der Abstimmung teil (37,8 %). Dies ist der tiefste Werte seit 2019, als erstmals amtliche Daten zur Beteiligung nach Geschlecht und Alter erhoben wurden.

In allen Altersgruppen ist die Beteiligung im Vergleich zur letzten Abstimmung gesunken.

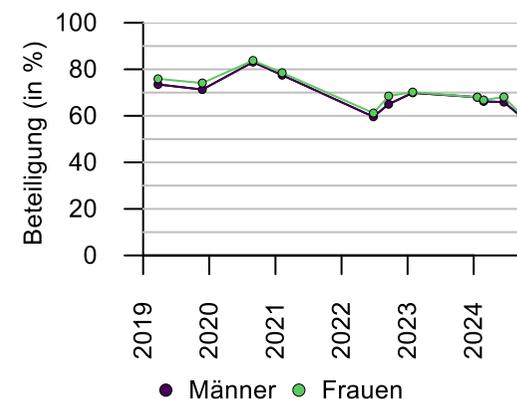
### Stimmbeteiligung bei Volksabstimmungen seit 2004 (in Prozent)



### Beteiligung nach Alter



### Beteiligung nach Geschlecht

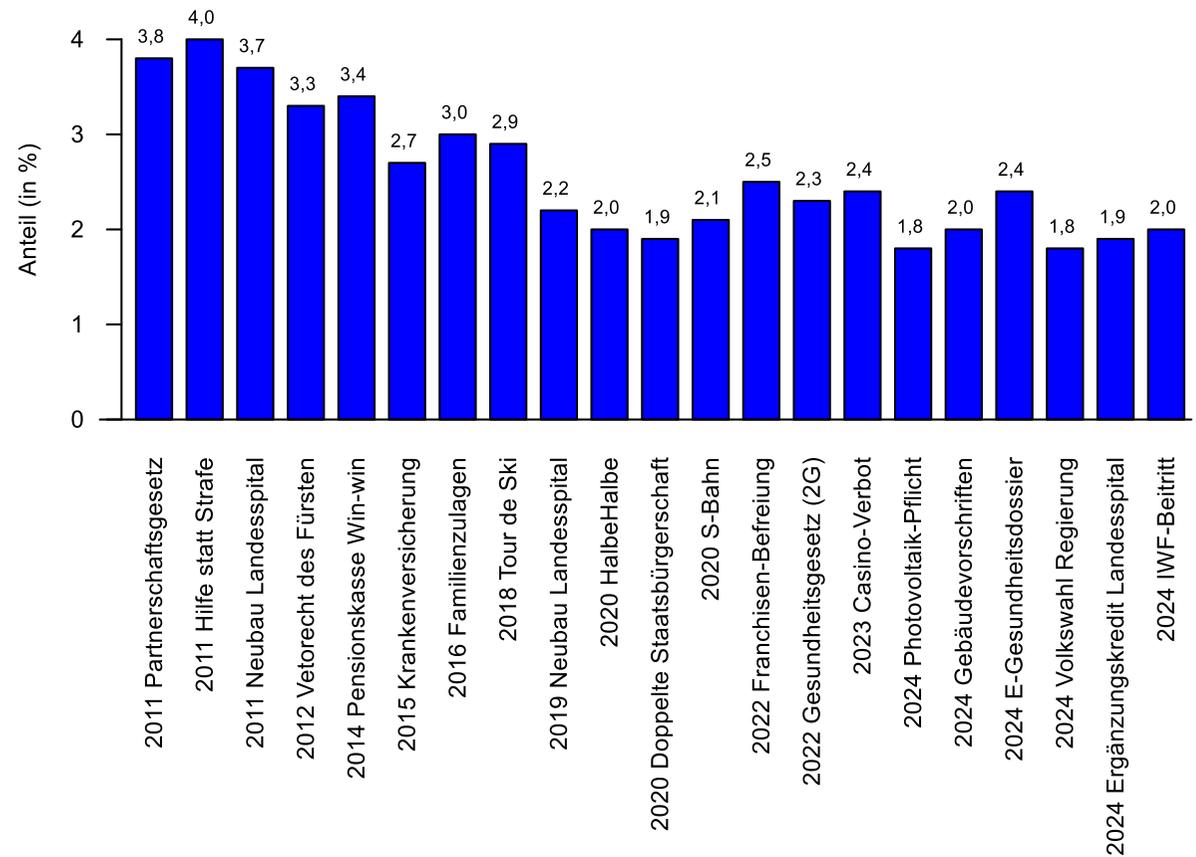


Quellen: Amtliche Kundmachungen zu den Abstimmungen; Stabsstelle Regierungskanzlei, Gemeinden.

# Ungültige Stimmen

Rund 2 Prozent der abgegebenen Stimmen waren ungültig. Als «ungültige Stimmen» werden dabei die ungültig brieflich abgegebenen Stimmen, nicht eingelegte Stimmkuverts, ungültige Stimmzettel in den Stimmkuverts und leere Stimmkuverts gezählt. Insgesamt pendelt der Anteil ungültiger Stimmen seit 2011 zwischen 1,8 und 4,0 Prozent.

Anteil ungültige Stimmen bei Volksabstimmungen seit 2011 (in Prozent)



Quelle: Amtliche Kundmachungen zu den Abstimmungsergebnissen.

# Umfrage zur Volksabstimmung

In Kooperation mit dem Liechtensteiner Vaterland führte das Liechtenstein-Institut eine Onlineumfrage zur Abstimmung vom 22. September 2024 durch. Die Konzeption, Durchführung und Auswertung lag im alleinigen Verantwortungsbereich des Liechtenstein-Instituts, während das Liechtensteiner Vaterland wesentlich für die wiederholte öffentlichkeitswirksame Information und Aufforderung zur Teilnahme an der Umfrage via eigene Print- und Onlinemedien sowie Social-Media-Kanäle zuständig war. Daneben wurde auch auf Radio Liechtenstein und 1FL TV zur Umfrageteilnahme aufgerufen.

Der Anteil brieflich abgegebener Stimmen betrug in den letzten zehn Jahren jeweils über 95 Prozent. Demnach werden die Stimmenscheide in den allermeisten Fällen deutlich vor dem Abstimmungssonntag gefällt. Entsprechend wurde die Umfrage bereits am 10. September lanciert, also rund zwei Wochen vor dem Abstimmungstermin. Die Umfrage wurde am Abstimmungssonntag um Mitternacht beendet.

Die Umfrage stand für alle Bevölkerungsgruppen offen. Fragen nach Alter und Stimmberechtigung lassen Auswertungen zu, die die Gesamtheit der Umfrageteilnehmenden oder nur die Stimmberechtigten berücksichtigen. In den nachfolgenden Analysen werden jeweils nur die Stimmenden berücksichtigt.

Verglichen mit der tatsächlichen Zusammensetzung der Bevölkerung beziehungsweise der Stimmberechtigten nach soziodemografischen und Einstellungsmerkmalen weichen die Umfrageteilnehmenden in einigen Aspekten von der Grundgesamtheit ab. In der Umfrage sind beispielsweise die Männer sowie das mittlere Alterssegment übervertreten (vgl. Tabelle). Solche Verzerrungen sind für Onlineumfragen typisch, nicht nur in Liechtenstein. Um diese Verzerrungen im Datensatz auszugleichen, wurde in diesem Bericht bei den Datenanalysen eine Gewichtung nach Alter, Geschlecht und Stimmenscheid vorgenommen.

Im Vergleich zu telefonischen Befragungen schneiden Onlineumfragen generell nicht schlechter ab, denn auch bei Telefonumfragen zeigen sich Abweichungen vom Bevölkerungsquerschnitt, allerdings in anderer Richtung, da beispielsweise die Jungen zunehmend untervertreten sind.

Für die statistische Auswertung wurden basierend auf den Umfragedaten teilweise neue Variablen gebildet. Auf den Abbildungen des vorliegenden Berichts werden auf ganze Zahlen gerundete Werte ausgewiesen. Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann es vorkommen, dass die Summe der gerundeten Werte nicht genau 100 Prozent ergibt.

## Vergleich Anteile Umfrage und Anteile gemäss offizieller Beteiligungsstatistik

Stimmberechtigte	IST %	Umfrage %
<b>Geschlecht</b>		
Männer	48,6	73,2
Frauen	51,4	26,8
<b>Alter</b>		
18–24 Jahre	8,0	4,7
25–34 Jahre	9,8	12,2
35–49 Jahre	18,6	28,3
50–64 Jahre	29,2	31,2
65+ Jahre	34,4	23,6
<b>Stimmenscheid</b>		
Ja	55,8	70,1
Nein	44,2	29,9

Quellen: eigene Berechnungen auf Basis der Statistiken zur Wahlbeteiligung der Stabsstelle Regierungskanzlei (SRK).

# Informationen zur Datenerhebung

## Informationen zur Datenerhebung

### Durchführung

Liechtenstein-Institut

### Medienpartner

Liechtensteiner Vaterland

### Fragebogen

Liechtenstein-Institut

### Methode

Offene Onlineumfrage

### Grundgesamtheit

Keine Begrenzung

### Stichprobe

Keine Stichprobe, offene Befragung

### Onlinezugang

10.9.2024 (00:00 Uhr) bis 22.9.2024 (24:00 Uhr)

### Gültige Teilnahme

721 Befragte

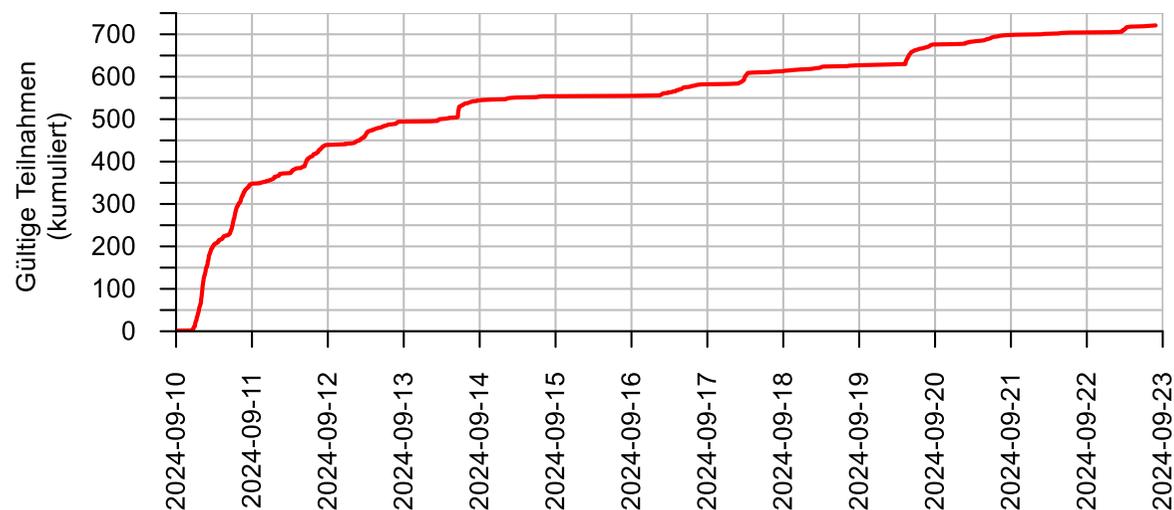
### Vertrauensbereich/Messgenauigkeit

Max. +/-3,5 Prozentpunkte bei 50/50-Verteilung  
(95 Prozent Sicherheit)

### Gewichtung

Nach Alter, Geschlecht, Entscheid  
(begrenzt bei max. 4.0 bzw. min. 0.25)

## Rücklauf der gültigen Teilnahmen über die Zeit

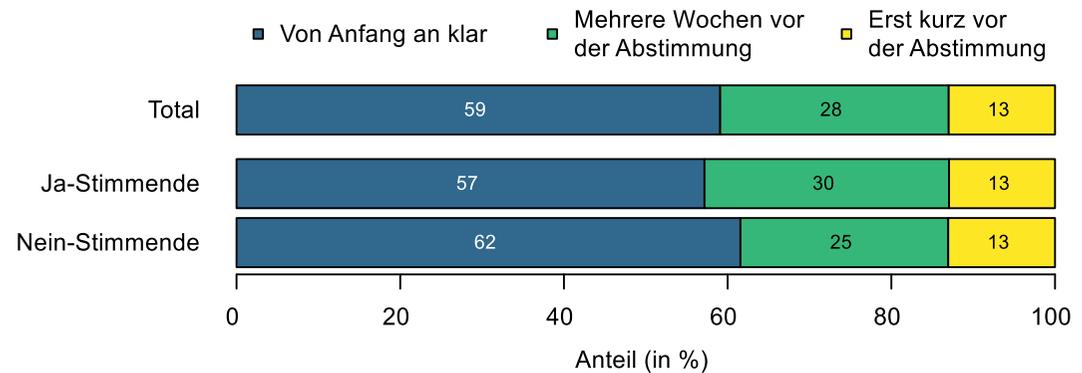


# Entscheidungszeitpunkt und -schwierigkeit der Abstimmenden

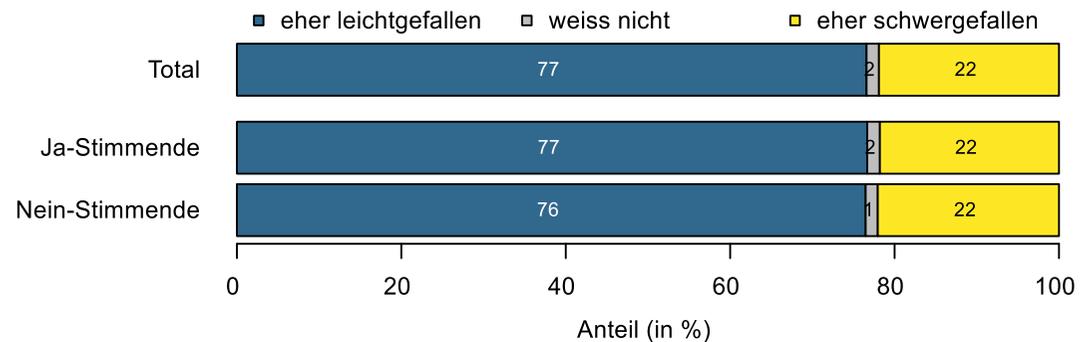
59 Prozent der Befragten wussten gemäss eigenem Bekunden von Beginn weg, wie sie abstimmen werden. Ein relativ hoher Anteil von 41 Prozent legten sich demgegenüber erst im Verlaufe des Abstimmungskampfes fest. Dabei sind keine grossen Unterschiede zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden auszumachen. Die Mehrzahl von 62 Prozent der Nein-Stimmenden wussten schon von Anfang an, wie sie abstimmen wollen. Bei den Ja-Stimmenden waren es 57 Prozent. Jeweils 13 Prozent legten sich erst kurz vor der Abstimmung fest.

Zudem fiel es rund drei Vierteln der Stimmenden grundsätzlich eher leicht zu verstehen, worum es bei der Vorlage ging. Eher schwer fiel der Entscheid etwa zwei von zehn Stimmenden. Dabei gibt es so gut wie keine Unterschiede zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden.

Entscheidungszeitpunkt der Abstimmenden (in Prozent; N = 721)



Entscheidungsschwierigkeit der Abstimmenden (in Prozent; N = 721)

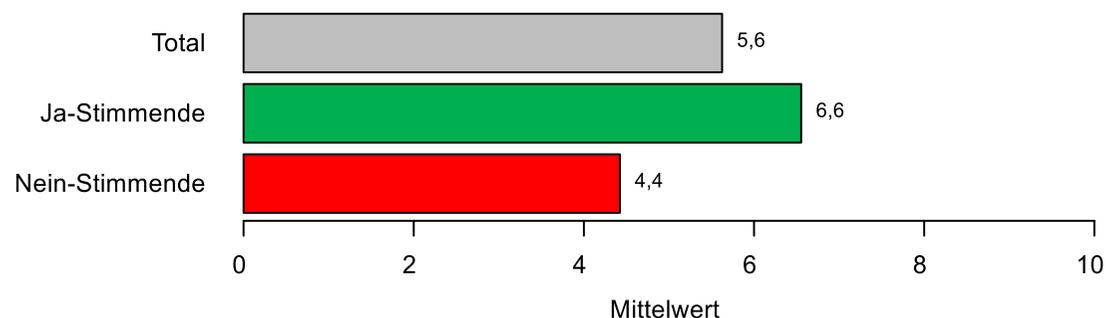


## Persönliche Bedeutung der Vorlage

Die Ja-Stimmenden massen dem IWF-Beitritt eine insgesamt grössere persönliche Bedeutung zu als die Nein-Stimmenden. Auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht wichtig) bis 10 (sehr wichtig) kommen sie auf einen Mittelwert von 6,6. Tiefer liegt der Mittelwert demgegenüber bei den Nein-Stimmenden (4,4). Für sie war die Vorlage von deutlich geringerer persönlicher Bedeutung.

Im Vergleich zu Abstimmungen der jüngeren Vergangenheit (seit 2022) fällt insgesamt auf, dass sich die Stimmenden heuer vergleichsweise spät entschieden, mehr Mühe mit dem «Entscheidstoff» bekundeten als üblich und der Vorlage eher mässige Bedeutung beimassen. Dies erklärt zum einen die unterdurchschnittliche Beteiligung, macht zum anderen auch deutlich, dass das «Rennen» durchaus offen war, denn ungewöhnlich viele Stimmberechtigte legten sich erst in den letzten Wochen fest.

Mittelwert der persönlichen Bedeutung (N = 721)



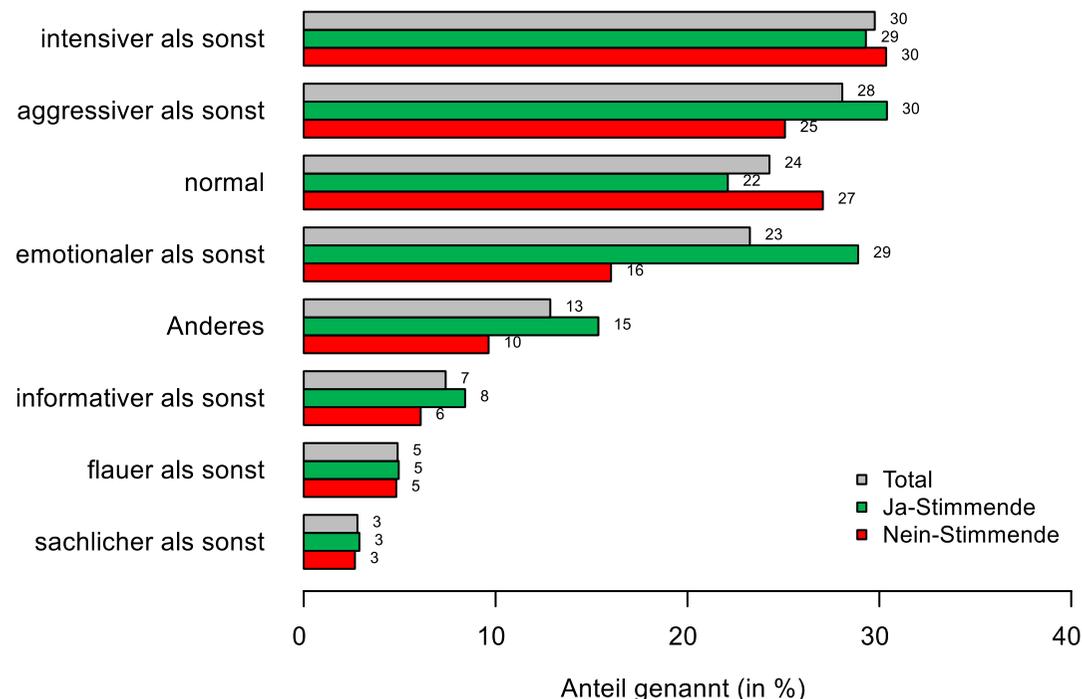
# Wahrnehmung des Abstimmungskampfes

Der Abstimmungskampf wurde von drei von zehn Stimmenden als «intensiver als sonst» wahrgenommen (30 %). Ferner bewerteten 28 Prozent der Stimmenden den Abstimmungskampf als «aggressiver als sonst», während ein Viertel den Abstimmungskampf als «normal» wahrnahm (24 %).

Unterschiede in den Bewertungen gibt es insbesondere bei der Wahrnehmung des Abstimmungskampfes als «emotionaler als sonst»: Diese Einschätzung wird klar häufiger von den Ja- als von den Nein-Stimmenden geteilt.

13 Prozent der Stimmenden haben die Kategorie «anderes» angekreuzt. Im entsprechenden offenen Kommentarfeld werden vonseiten der Ja-Stimmenden häufig Worte wie «Falschinformation» oder «populistisch» verwendet (z. B. «viele Falschinformationen im Umlauf», «Fake News», «Populismus von der Gegenseite», «wenig Fakten» etc.). Von der Gegenseite werden ähnliche Vorwürfe an die Befürworterschaft herangetragen (z. B. «zu wenig neutrale Informationen», «Falschinformationen», «IWF-Medienpropaganda») und auf die Rolle des Fürstenhauses Bezug genommen (z.B. «Erbprinz hätte Stimmvolk nicht derart bevormunden sollen»).

Wahrnehmung des Abstimmungskampfes (Anteil genannt in Prozent; N = 721; Mehrfachantworten möglich)



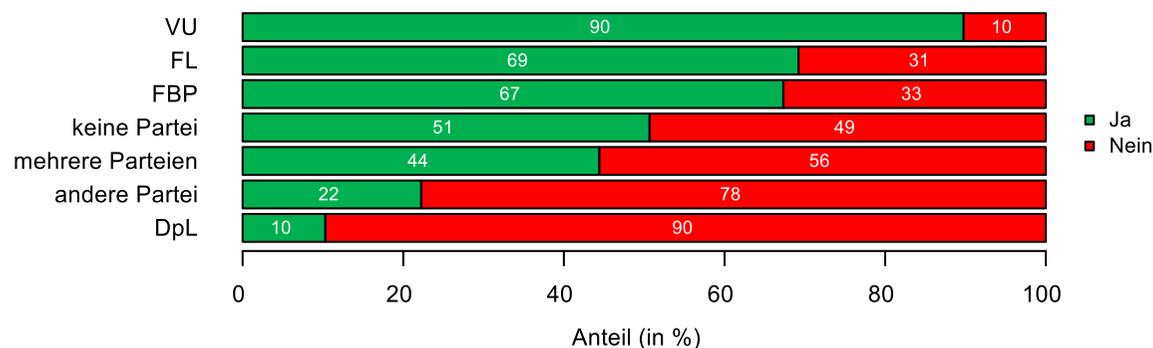
## Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Der IWF-Beitritt stiess unter den Anhänger:innen der beiden Grossparteien sowie der FL auf grossmehrheitliche Zustimmung. Die höchste Zustimmungsrates weist die VU-Anhängerschaft auf (90 %), gefolgt von den Sympathisierenden der FL (69 %) und der FBP (67 %). Ebenfalls – wenn auch knapp – auf Zustimmung stiess die Vorlage unter Personen, die sich mit keiner Partei verbunden fühlen (51 %).

Abgelehnt wurde der IWF-Beitritt demgegenüber von Personen, die anderen, gegenwärtig nicht im Landtag vertretenen Parteien verbunden sind sowie von den Sympathisierenden der DpL, die zu 90 Prozent ein Nein in die Urne legten.

Seit die Parteisympathie in Abstimmungsbefragungen regelmässig erhoben wird (2011), war die Parolenübereinstimmung in der VU-Anhängerschaft noch nie so hoch (90 %), in der FL-Anhängerschaft noch nie so tief (31 %).

Stimmentscheid nach Parteisympathie (in Prozent; N = 721)



1 Insbesondere bei den anderen Parteien ist die geringe Fallzahl zu beachten. Aufgrund dessen ist die statistische Fehlermarge hoch.

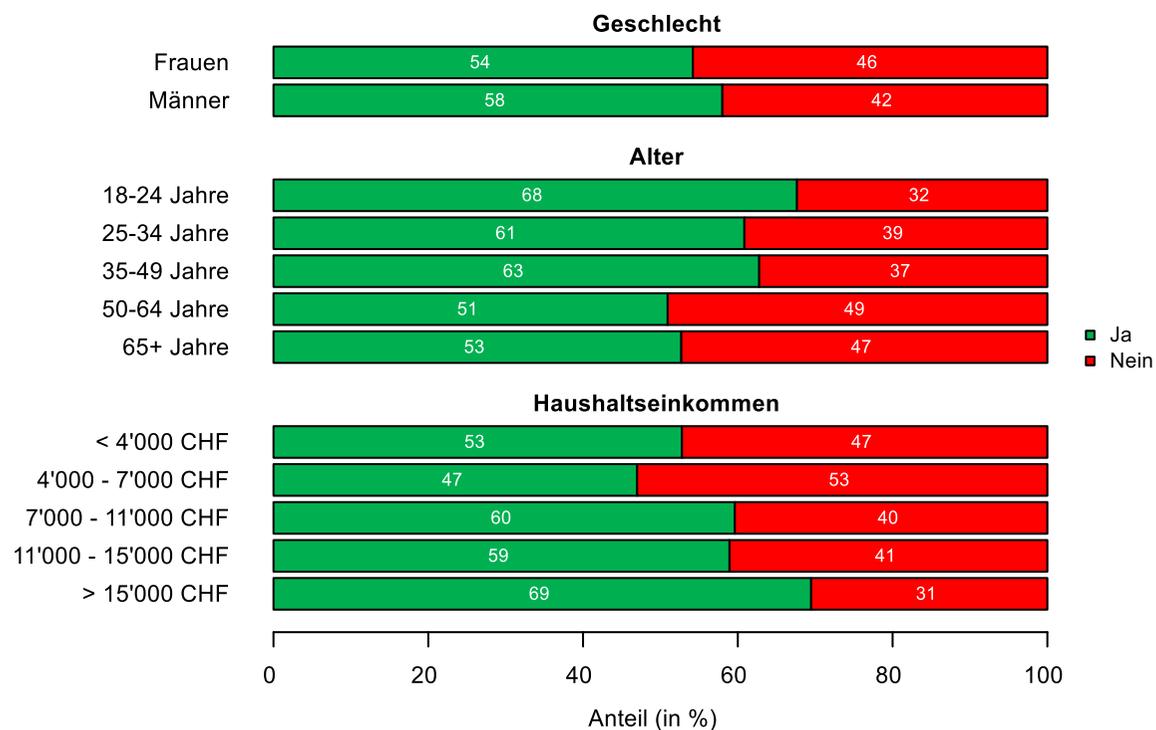
# Stimmverhalten nach soziodemografischen Merkmalen

Keine klaren Bruchlinien zeigen sich mit Blick auf die Soziodemografie. Sowohl Frauen wie auch Männer stimmten dem IWF-Beitritt mehrheitlich zu (54 resp. 58 %).

Darüber hinaus stiess der IWF-Beitritt in allen Altersgruppen auf Zustimmung, wobei der Nein-Anteil mit zunehmendem Alter tendenziell etwas zunimmt.

In der Tendenz zeigt sich zudem eine Zunahme des Ja-Stimmen-Anteils mit steigendem Haushaltseinkommen. Je höher das Haushaltseinkommen ist, desto höher war in der Tendenz die Zustimmung zum IWF-Beitritt.

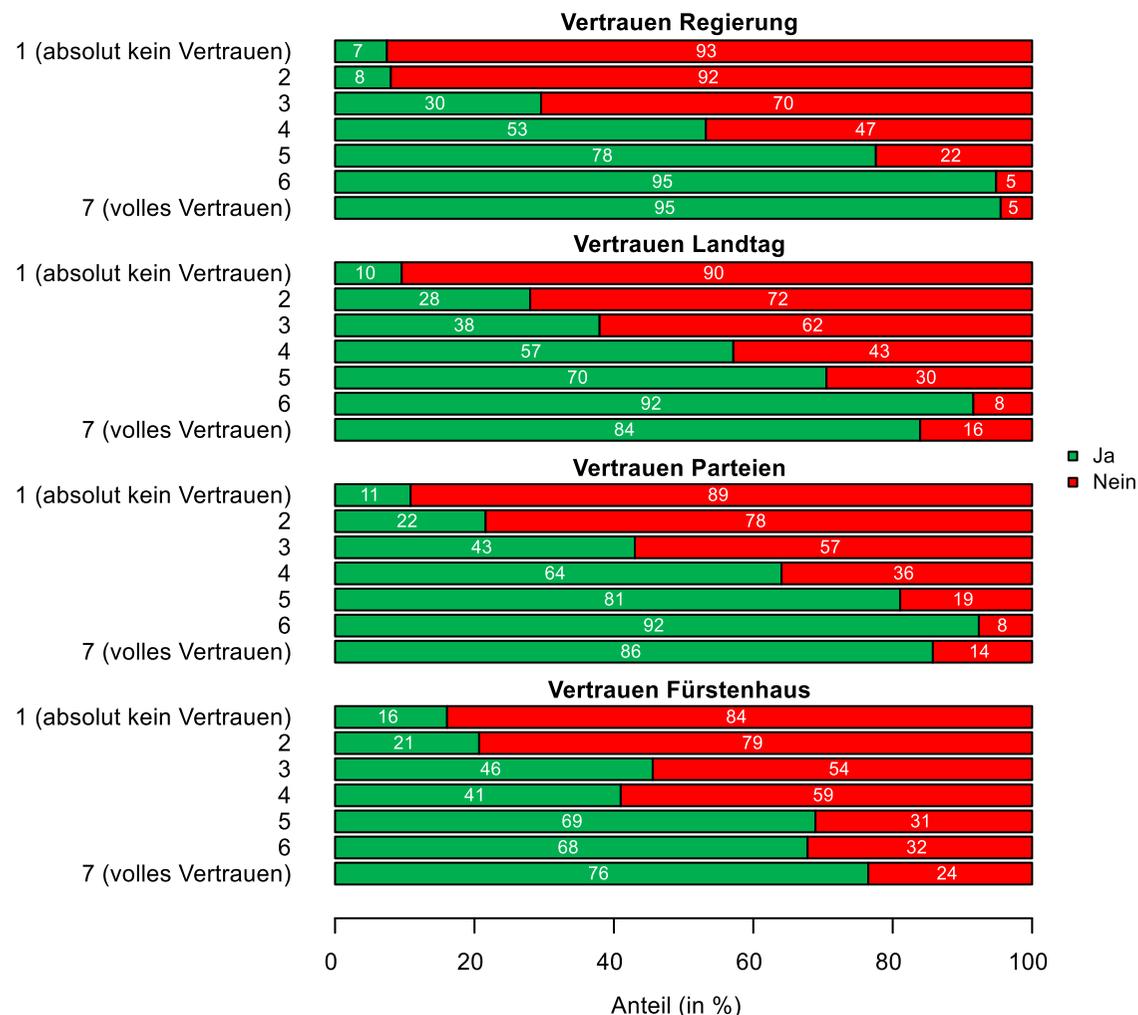
Stimmenscheid nach soziodemografischen Merkmalen (in Prozent; N = 721)



# Stimmverhalten nach Vertrauen in die Institutionen

Schliesslich kann auch eine Tendenz mit Blick auf das Vertrauen in die Institutionen erkannt werden. Je höher das Vertrauen in Regierung, Landtag, die politischen Parteien oder das Fürstenhaus ist, desto eher wurde dem Beitritt zum Internationalen Währungsfonds zugestimmt. Zwar sind die Anteile der Befragten, die absolut kein Vertrauen oder volles Vertrauen haben, zuweilen klein und die statistische Fehlermargen entsprechend hoch. Nichtsdestotrotz bleibt das Muster konstant: Mit zunehmendem Vertrauen in die jeweiligen Institutionen steigt der Ja-Stimmen-Anteil meist an.

Stimmentscheid nach Institutionenvertrauen (in Prozent; N = 721)



## Motive der Ja-Stimmenden

In der Umfrage wurden die Stimmenden gebeten, in einem offenen Kommentarfeld in eigenen Worten die Hauptgründe für ihren Stimmentscheid anzugeben. Rund 70 Prozent der Ja-Stimmenden machten von dieser Möglichkeit Gebrauch und gaben zwischen einem und drei Motiven an. Dies bedeutet aber auch, dass zu rund drei von zehn Ja-Stimmenden keine Aussage zu ihren Motiven gemacht werden kann.

50 Prozent der Ja-Stimmenden, die mindestens ein Motiv angegeben haben, betonen in ihren Erstnennungen die Absicherung im Krisenfall. Dabei wird meist in allgemeiner Form (z. B. «Lösung für den Notfall», «Risikoabsicherung» etc.) und vereinzelt auf einen spezifischen Krisenfall Bezug genommen (z. B. «die Gefahr eines Hochwassers ist real», «Versicherung im Falle eines Erdbebens oder Bankenkurses» etc.).

Relativ häufig wurden zudem allgemeine Anmerkungen abgegeben. In den Augen mancher Befürworter:innen gibt es schlicht keine wirklichen Argumente gegen einen Beitritt (z. B. «Kurzum, ich kann keine Nachteile ausmachen»), während andere allgemeine positive Statements abgeben (z. B. «Finde es sinnvoll», «für das Land unbedingt notwendig» etc.).

Relativ häufig wird auf die internationalen Beziehungen Liechtensteins Bezug

Antworten	Erstnennungen (in %)	Alle Nennungen (in %)
<b>Absicherung im Krisenfall</b>	<b>50</b>	<b>56</b>
Absicherung im Krisenfall allgemein	48	53
Absicherung in spezifischem Krisenfall	2	3
<b>Allgemeines</b>	<b>14</b>	<b>15</b>
Es gibt kein Argument dagegen	3	3
Allgemein Positives	11	12
<b>Internationale Beziehungen</b>	<b>13</b>	<b>29</b>
Internationale Sichtbarkeit, Reputation, Souveränität	8	16
Internationale Notwendigkeit	3	6
Solidarität mit anderen Staaten	1	2
Mitsprache bei IWF-Entscheidungen	1	2
Wettbewerbsfähigkeit / Nutzen für Finanzplatz im Speziellen	1	3
<b>Empfehlungen / Argumentation der Befürworter:innen</b>	<b>13</b>	<b>16</b>
<b>Bezug zu Gegnerschaft</b>	<b>5</b>	<b>6</b>
<b>Zugang zu Expertise, Daten</b>	<b>1</b>	<b>4</b>
<b>Freiwilligkeit der Kreditaufnahme</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
<b>Weiteres</b>	<b>4</b>	<b>6</b>
<b>TOTAL</b>	<b>100</b>	<b>133</b>

Erläuterung: Einige Befragte gaben mehr als ein Motiv an. Die zweite Spalte gibt den Anteil am Total aller Erstnennungen an. In der dritten Spalte ist der Anteil der Motivnennungen am Total der Befragten, die eine Antwort gaben, ausgewiesen. Aufgrund dessen beträgt das Total mehr als 100 Prozent.

## Motive der Ja-Stimmenden

genommen. Am häufigsten drehen sich die Argumente dabei um die Sichtbarkeit, Reputation und Souveränität des Landes (z. B. «Liechtensteins Stellung in der internationalen Gemeinschaft», «Souveränitätsgewinn», «Bekanntheit Liechtensteins in der Welt» etc.). Daneben wird auch von einer internationalen Notwendigkeit eines Beitritts ausgegangen, weil die meisten anderen Staaten Mitglied sind, oder es wird die internationale Solidarität angesprochen. Vereinzelt betonen schliesslich die Möglichkeit der Mitsprache bei Entscheidungen des IWF oder sehen einen spezifischen Nutzen für die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Finanzplatz.

Mehr als jede:r zehnte Befürworter:in nimmt Bezug auf Empfehlungen und Argumentation der Befürworterschaft. Am häufigsten werden dabei die Regierung (z. B. «Vertraue der Regierung, dass sie im Interesse unseres Landes handelt»), der Erbprinz (z. B. «Stellungnahme Erbprinz», «der klügste, weitsichtigste Liechtensteiner sitzt im Schloss Vaduz») und der Landtag erwähnt (z. B. «Wir haben den Landtag als unsere Vertretung gewählt und dürfen ihm auch einmal vertrauen»).

Für manche Befürworter:innen waren demgegenüber die Gegner:innen ein Grund, Ja zu stimmen. Die entsprechenden

Statements sind zuweilen nicht sonderlich schmeichelhaft formuliert.

Weitere Nennungen drehen sich um den Zugang zu Daten und Expertisen oder betonen die Freiwilligkeit der Kreditaufnahme.

## Motive der Nein-Stimmenden

Auch die Nein-Stimmenden hatten die Möglichkeit, in einem offenen Kommentarfeld ihre Hauptgründe für ihren Stimmentscheid anzugeben. Rund 73 Prozent machten von dieser Möglichkeit Gebrauch und gaben zwischen einem und drei Motiven an. Für rund ein Viertel der Nein-Stimmenden liegen somit keine Motiväusserungen vor.

Etwa 20 Prozent der Nein-Stimmenden, die ihre Motive angaben, sehen gemäss ihren Erstnennungen schlichtweg keine Notwendigkeit für einen IWF-Beitritt. Dabei werden häufig allgemeine Bemerkungen vorgebracht (z. B. «bringt Liechtenstein nichts», «sehe keinen Handlungsbedarf», «unnötig» etc.). Daneben wird betont, dass eine IWF-Mitgliedschaft bislang auch nicht notwendig gewesen sei (z. B. «ging bis jetzt auch ohne Beitritt») oder dass ein Katastrophenfall eher unwahrscheinlich sei (z. B. «die Szenarien, welche in der Presse an die Wand gemalt wurden, werden mit grosser Wahrscheinlichkeit nie eintreten», «Horrorszenarien in der Landeszeitung»). Manche sprechen sich darüber hinaus grundsätzlich gegen Bankenrettungen aus.

Fast gleich häufig wird in den Erstnennungen auf die Kosten Bezug genommen. Dabei erscheint manchen der Nutzen des Beitritts im Verhältnis zu den Kosten als zu gering (z. B. «kostet viel, nützt nichts», «kein Nutzen

Antworten	Erstnennungen (in %)	Alle Nennungen (in %)
<b>Keine Notwendigkeit</b>	<b>20</b>	<b>29</b>
Unnötig für Liechtenstein (allgemein)	14	18
Bisher auch nicht nötig gewesen	3	5
Katastrophenfall unwahrscheinlich	1	5
Gegen Bankenrettung im Speziellen	1	2
<b>Bezug zu Kosten</b>	<b>19</b>	<b>23</b>
Kosten zu hoch, Nutzen im Verhältnis zu gering	16	18
Währungsrisiko/-verlust	2	4
Anderswo wird auch gespart	1	1
<b>Rolle/Organisationsstruktur des IWF</b>	<b>17</b>	<b>31</b>
Machtpolitischer Bezug	11	16
Entwicklungspolitischer Bezug	5	8
Innere Struktur des IWF	1	6
<b>Souveränität Liechtensteins</b>	<b>15</b>	<b>20</b>
Verlust von Souveränität, neues Abhängigkeitsverhältnis	13	17
Abhängigkeit von Auflagen bei Kreditaufnahme im Speziellen	2	2
<b>Bezug auf Befürworterschaft</b>	<b>9</b>	<b>10</b>
<b>Allgemeines</b>	<b>9</b>	<b>9</b>
<b>Empfehlungen / Argumente der Gegnerschaft</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
<b>Alternative Lösungen</b>	<b>0</b>	<b>3</b>
<b>Weiteres</b>	<b>11</b>	<b>13</b>
<b>TOTAL</b>	<b>100</b>	<b>139</b>

Erläuterung: Einige Befragte gaben mehr als ein Motiv an. Die zweite Spalte gibt den Anteil am Total aller Erstnennungen an. In der dritten Spalte ist der Anteil der Motivnennungen am Total der Befragten, die eine Antwort gaben, ausgewiesen. Aufgrund dessen beträgt das Total mehr als 100 Prozent.

## Motive der Nein-Stimmenden

für FL» etc.). Andere Nennungen befürchten Währungsverluste (z. B. «Der US-Dollar verliert immer schneller an Wert, somit ist mit hohen jährlichen Währungsverlusten zu rechnen») oder betonen, dass anderswo gespart werden müsste (z. B. «Geld sollte für die Einheimischen ausgegeben werden, nicht immer ins Ausland»).

Auch die Rolle und die Struktur des Internationalen Währungsfonds stossen auf Kritik. Am häufigsten wird dabei ein machtpolitischer Bezug gemacht, wobei insbesondere die Rolle der USA kritisch hinterfragt wird (z. B. «die USA zieht die Fäden», «die Macht konzentriert sich in den USA», «Vetomacht der USA» etc.). Daneben gibt es auch entwicklungspolitische Bezüge (z. B. «koloniale Ausbeutung des Südens durch die vom IWF getragenen Massnahmen», «IWF benachteiligt die Länder der Dritten Welt» etc.) sowie kritische Haltungen zur inneren Struktur des Währungsfonds (z. B. «teilweise ungleiche Machtverteilung»).

Ängste bestehen ferner mit Blick auf Liechtensteins Souveränität. Einerseits wird ein neues Abhängigkeitsverhältnis mit einem Verlust an nationalstaatlicher Souveränität befürchtet (z. B. «Fremdbestimmung», «wir verkaufen unsere Eigenständigkeit für sehr viel Geld», «ausgeliefert sein» etc.). Anderer-

seits wird auf die Abhängigkeit von Auflagen im Falle einer Kreditaufnahme verwiesen.

Darüber hinaus gibt es Bezüge auf die Befürworterschaft, insbesondere Regierung, Behörden, Medien und Fürstenhaus. Doch auch auf die Empfehlungen und Argumente der Gegnerschaft wird zuweilen verwiesen.

Nur selten werden alternative Lösungen erwähnt, beispielsweise ein eigener Krisenfonds oder bilaterale Lösungen mit der Schweiz.

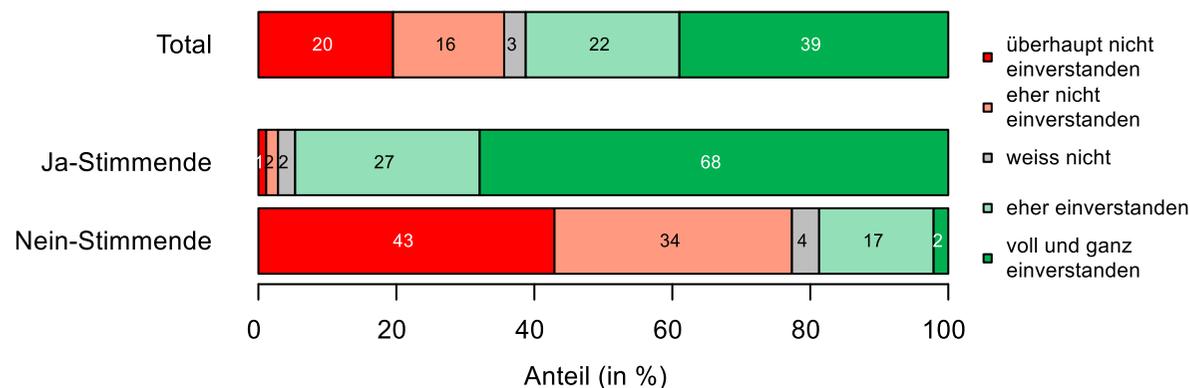
# Anklang der Pro-Argumente I

Den Befragten wurden konkrete, direkt mit der Abstimmungsfrage verknüpfte Argumente vorgelegt. Diese Argumente wurden im Abstimmungskampf in identischem oder ähnlichem Wortlaut vorgebracht. Welchen Anklang fanden sie?

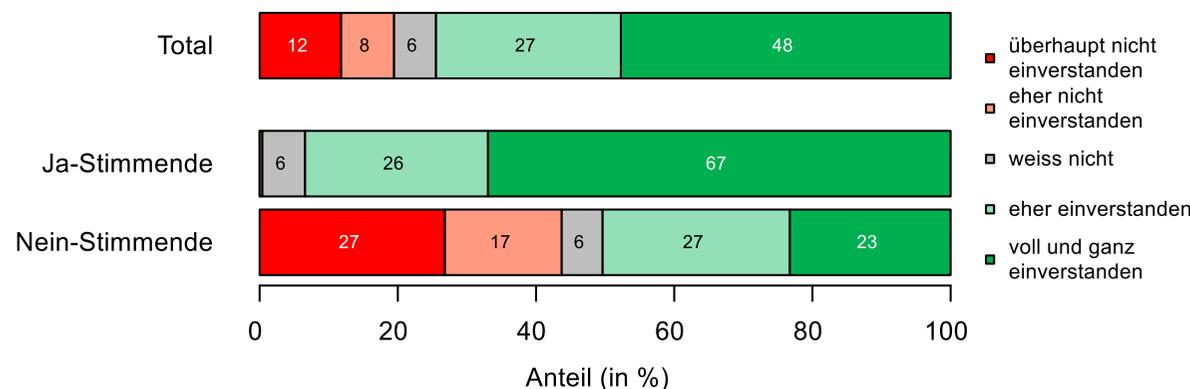
Die Mehrheit von 61 Prozent der Stimmen und sogar 95 Prozent der Ja-Stimmenden sind der Meinung, dass Liechtenstein im Falle einer Krisensituation wie einem Hochwasser oder einem Erdbeben dank der IWF-Mitgliedschaft sofort und einfach auf liquide Mittel zurückgreifen könnte. Für sie ist folglich eine Mitgliedschaft angezeigt. Drei Viertel der Nein-Stimmenden ist mit diesem Argument nicht einverstanden (77 %).

Einig sind sich die beiden Lager hingegen, dass Liechtenstein die jährlichen Kosten von 500'000 Franken problemlos tragen könne. 93 Prozent der Ja-Stimmenden, aber auch 50 Prozent der Nein-Stimmenden teilen diese Meinung. Die administrativen Kosten waren für den Entscheid der meisten Stimmenden demnach nicht ausschlaggebend.

«Krisensituationen (Hochwasser, Erdbeben etc.) sind auch in Liechtenstein möglich. In solchen Situationen ist ein rascher und einfacher Zugang zu liquiden Finanzmitteln notwendig. Der IWF sorgt dafür, dass Liechtenstein in einem Krisenfall diese Liquidität sofort abrufen könnte.»



«Liechtenstein kann die jährlichen Kosten von 500'000 Franken problemlos tragen.»

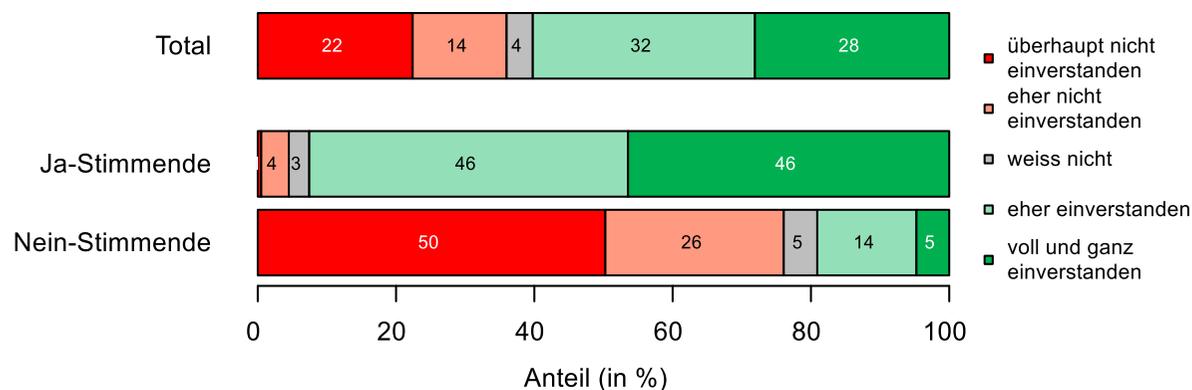


## Anklang der Pro-Argumente II

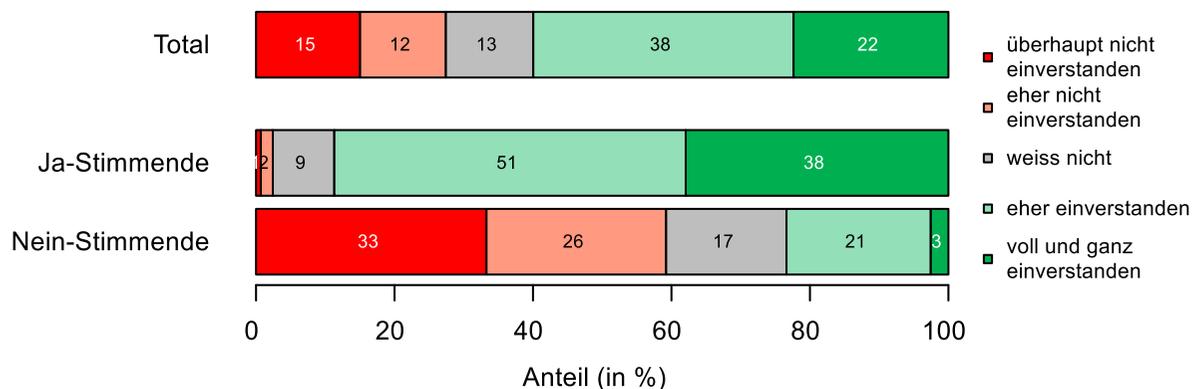
Sodann teilen Mehrheiten von jeweils 60 Prozent der Stimmenden die Meinung, dass eine Mitgliedschaft die internationale Sichtbarkeit des Landes erhöht und dass die standardisierten Statistiken des IWF die Möglichkeit internationaler Vergleiche mit anderen Mitgliedstaaten schaffen.

Beide Argumente werden von grossen Mehrheiten der Ja-Stimmenden geteilt (92 resp. 89 %), während sie von den Nein-Stimmenden mehrheitlich abgelehnt werden (76 resp. 59 %).

### «Die Mitgliedschaft erhöht die internationale Sichtbarkeit Liechtensteins.»



### «Standardisierte Statistiken des IWF ermöglichen Vergleiche mit anderen Mitgliedstaaten.»

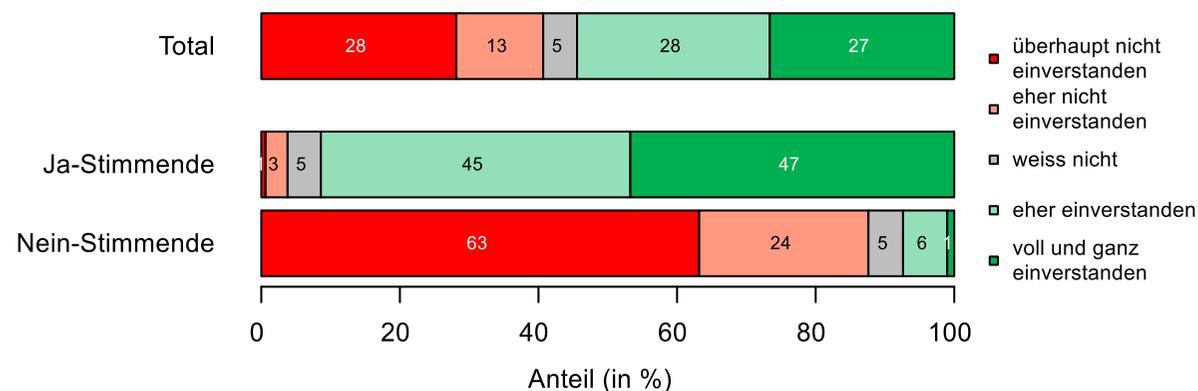


## Anklang der Pro-Argumente III

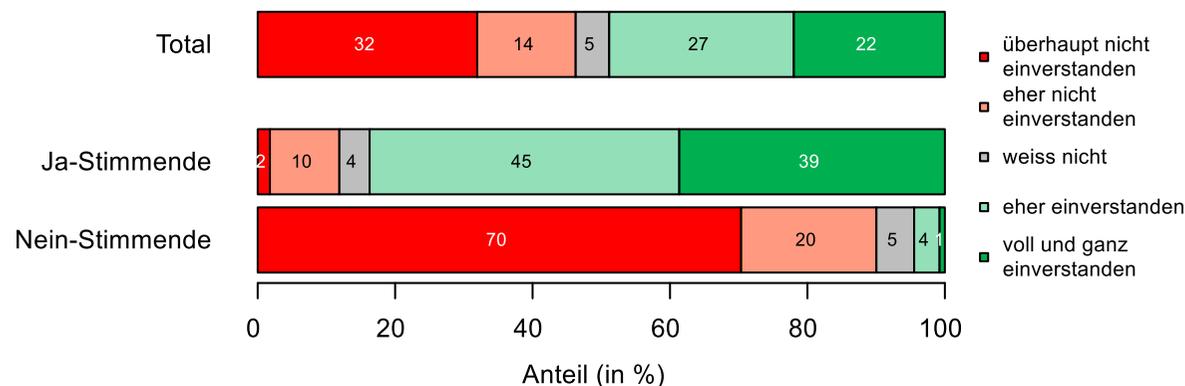
Damit einher geht die Meinung, dass die IWF-Mitgliedschaft wichtig sei für die Reputation und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein. 55 Prozent der Stimmdenden sehen dies so. Die Ansichten von Befürworter- und Gegnerschaft unterscheiden sich einmal mehr stark. Den 92 Prozent der Befürwortenden, die diese Ansicht teilen, stehen 87 Prozent der Nein-Stimmenden gegenüber, die mit diesem Argument nicht einverstanden sind.

Nicht nur mit Blick auf die Reputation und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts, sondern auch das Ansehen des Landes insgesamt sind die Meinungen geteilt. 49 Prozent der Stimmdenden finden, dass ein weiteres Abseitsstehen Liechtensteins dem Ansehen des Landes schaden würde, während 46 Prozent diesem Argument nicht zustimmen. Wiederum sind die Meinungen zwischen Ja- und Nein-Stimmenden stark geteilt – 84 Prozent der Ja-Stimmenden befürchten einen Schaden, 90 Prozent der Nein-Stimmenden nicht.

### «Die IWF-Mitgliedschaft ist wichtig für die Reputation und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein.»



### «Fast alle Staaten sind Mitglied im IWF. Ein weiteres Abseitsstehen Liechtensteins würde seinem Ansehen schaden.»

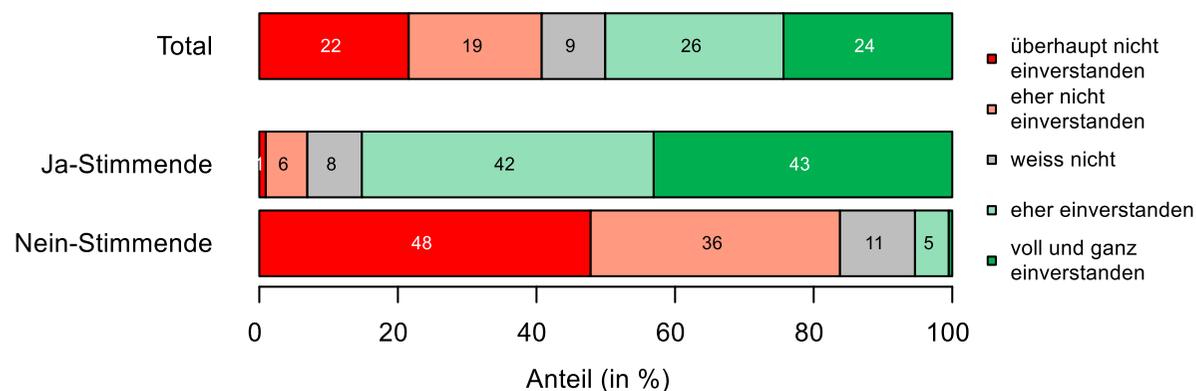


## Anklang der Pro-Argumente IV

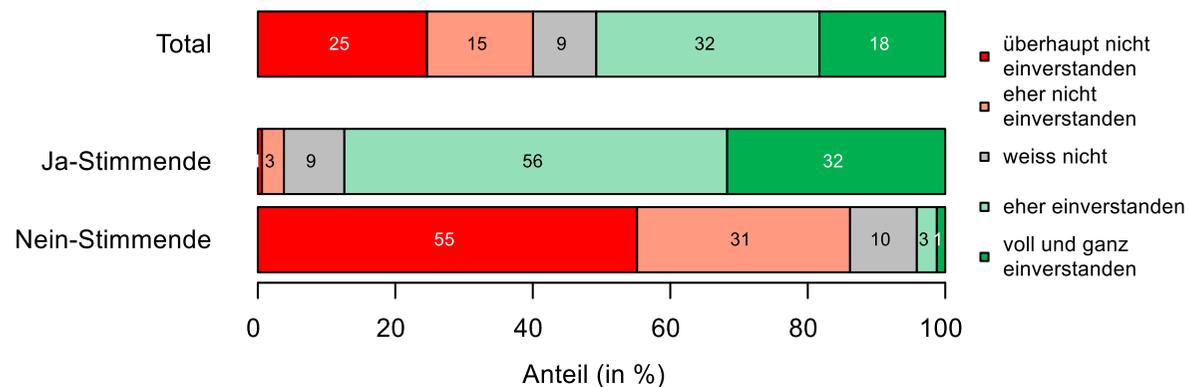
Ähnlich ist die Situation bei der Frage, ob Liechtenstein in einer Krisensituation auf den IWF mit seinen Kreditvergabekapazitäten tatsächlich angewiesen wäre. 50 Prozent der Stimmenden sind dieser Ansicht, aber 41 Prozent sind anderer Meinung. Während 85 Prozent der Ja-Stimmenden mit diesem Argument einverstanden sind, widersprechen ihm 84 Prozent der Nein-Stimmenden.

Auch ob die Evaluationen und Empfehlungen des IWF die Widerstandsfähigkeit Liechtensteins stärken, wird von der grossen Mehrheit der Ja-Stimmenden bejaht (88 %), von der grossen Mehrheit der Nein-Stimmenden hingegen verneint (86 %). Insgesamt gehen 50 Prozent der Stimmenden von einer Stärkung der Widerstandsfähigkeit aus.

«Als Land ohne funktionierenden Zugang zum Kapitalmarkt ist Liechtenstein in einer Krisensituation auf den IWF mit seinen Kreditvergabekapazitäten angewiesen.»



«Die Evaluationen, Analysen und Empfehlungen des IWF stärken die Widerstandsfähigkeit Liechtensteins.»



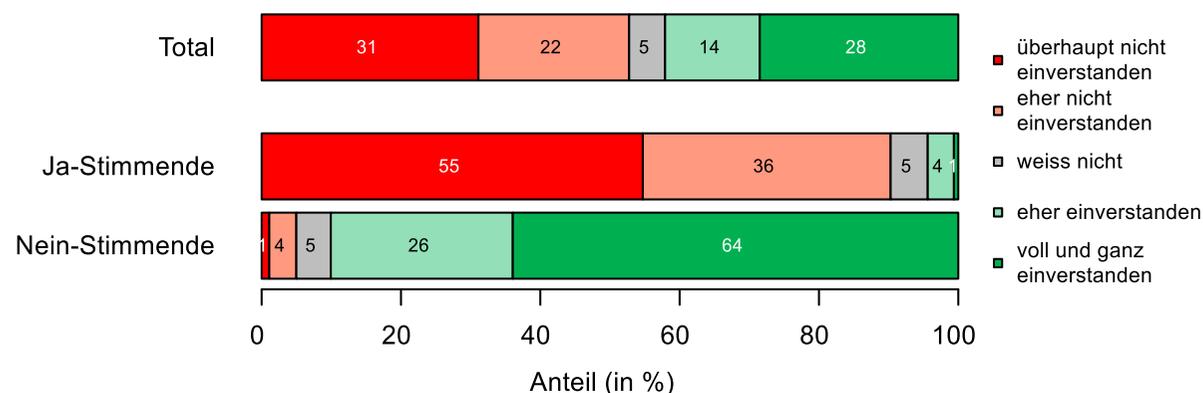
# Anklang der Kontra-Argumente I

Aufseiten der Gegner:innen wird der Nutzen einer IWF-Mitgliedschaft Liechtensteins grundsätzlich infrage gestellt.

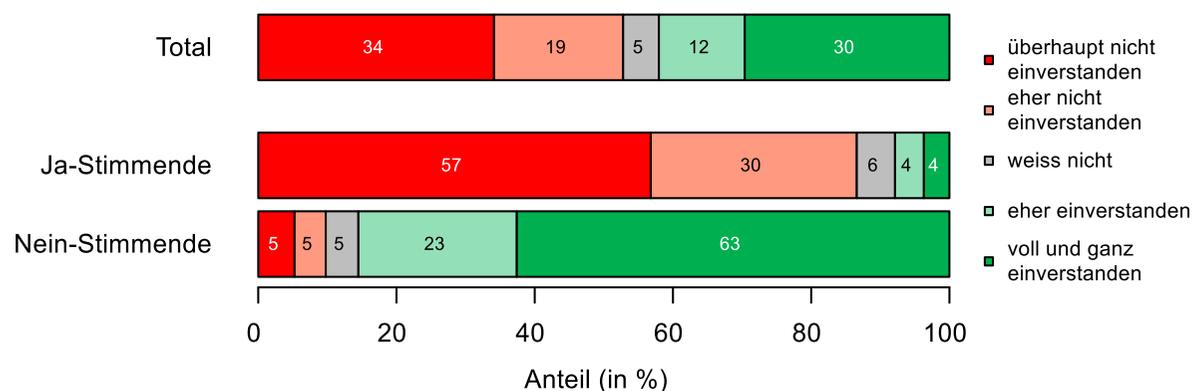
Einerseits sind 90 Prozent von ihnen der Ansicht, dass es bei einer umsichtigen Politik und einem haushälterischen Umgang mit Steuergeldern gar keinen IWF-Beitritt brauche. Ferner finden 86 Prozent, dass ein Beitritt zum IWF alles in allem mit keinem wirklichen Vorteil verbunden sei.

Ganz anders sehen dies die Befürworter:innen. Dass es keinen IWF-Beitritt brauche und dass ein solcher Beitritt keinen wirklichen Vorteil mit sich bringe, verneinen 91 respektive 87 Prozent von ihnen.

«Bei einer umsichtigen Politik und einem haushälterischen Umgang mit Steuergeldern braucht es keinen IWF-Beitritt.»



«Der Beitritt Liechtensteins zum IWF ist alles in allem mit keinem wirklichen Vorteil verbunden.»

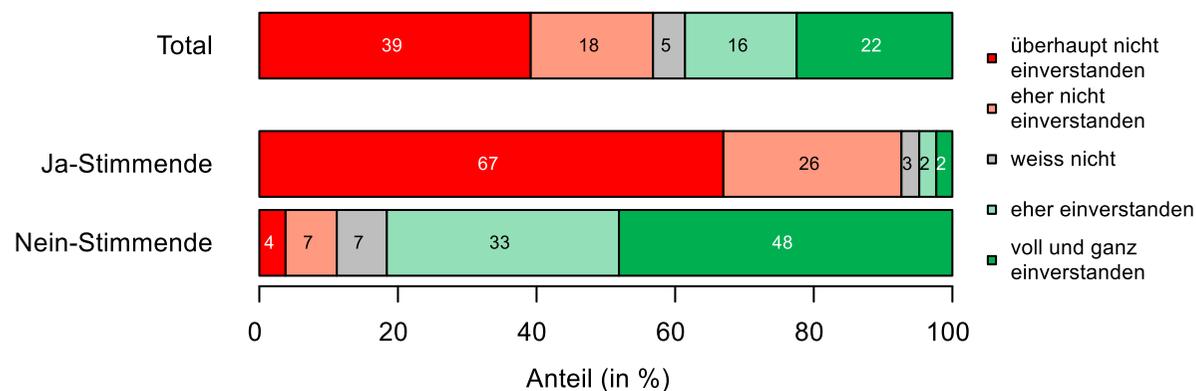


## Anklang der Kontra-Argumente II

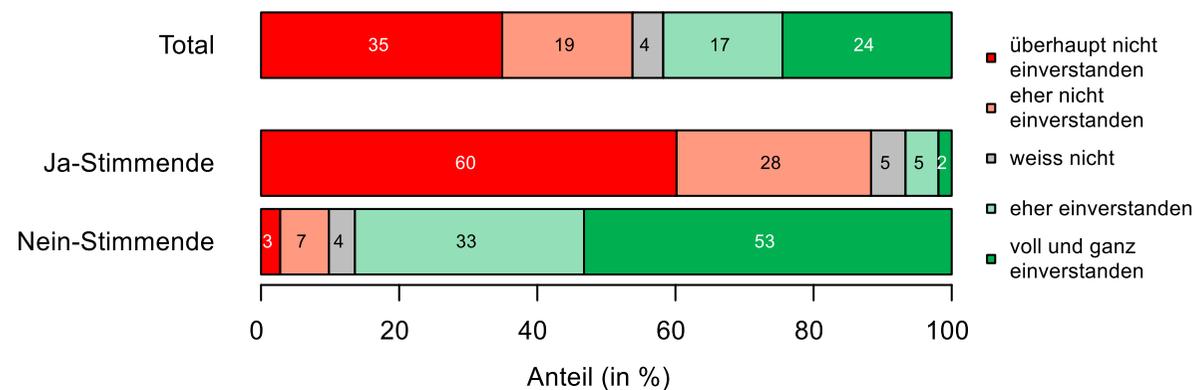
Anstatt dem IWF beizutreten, kann sich Liechtenstein in den Augen der Gegner:innen in einem Krisenfall Geld auf dem Kapitalmarkt besorgen. 81 Prozent teilen diese Ansicht. Die Befürworterschaft widerspricht dieser Argumentation hingegen vehement (93 %).

Als Alternative zu einer IWF-Mitgliedschaft sprechen sich die Gegner:innen zudem für die Schaffung eines nationalen Krisenfonds aus. 86 Prozent wären damit einverstanden. Ihnen stehen aber 88 Prozent der Befürworter:innen gegenüber, die diese Ansicht nicht teilen. Insgesamt wird die Schaffung eines nationalen Krisenfonds von 54 Prozent der Stimmenden abgelehnt.

### «Der Beitritt ist unnötig. Im Krisenfall kann Liechtenstein Geld auf dem Kapitalmarkt besorgen.»



### «Anstatt eine Mitgliedschaft im IWF zu beantragen, soll ein nationaler Krisenfonds geschaffen werden.»

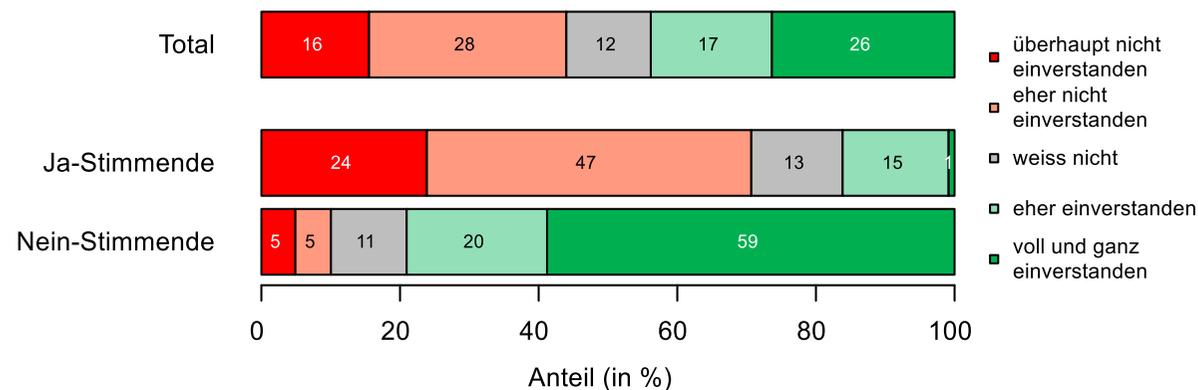


## Anklang der Kontra-Argumente III

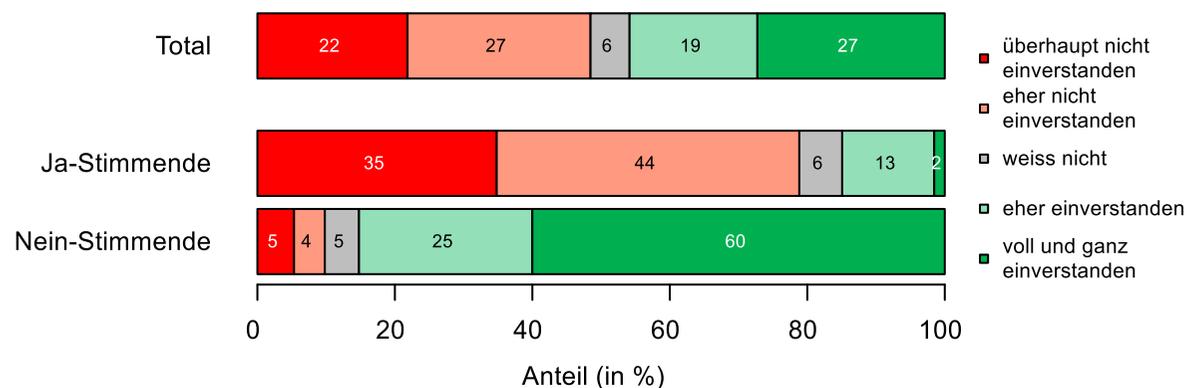
Daneben wird auch Kritik an der Institution Währungsfonds laut. Klare Mehrheiten der Gegnerschaft sind der Meinung, dass der IWF in Krisensituationen zu starke Strukturanpassungen inklusive Privatisierungen staatlicher Betriebe verlange (79 %) und dass die Kredite an zu extreme und ideologische Auflagen geknüpft seien (85 %)

Beide Ansichten werden von den Befürworter:innen grossmehrheitlich abgelehnt (71 resp. 79 %).

«In Krisensituationen verlangt der IWF von Ländern starke Strukturanpassungen, die diese Länder «kaputtsparen» und zu Privatisierungen staatlicher Betriebe führen.»



«Kredite des IWF sind an zu extreme und ideologische Auflagen geknüpft.»

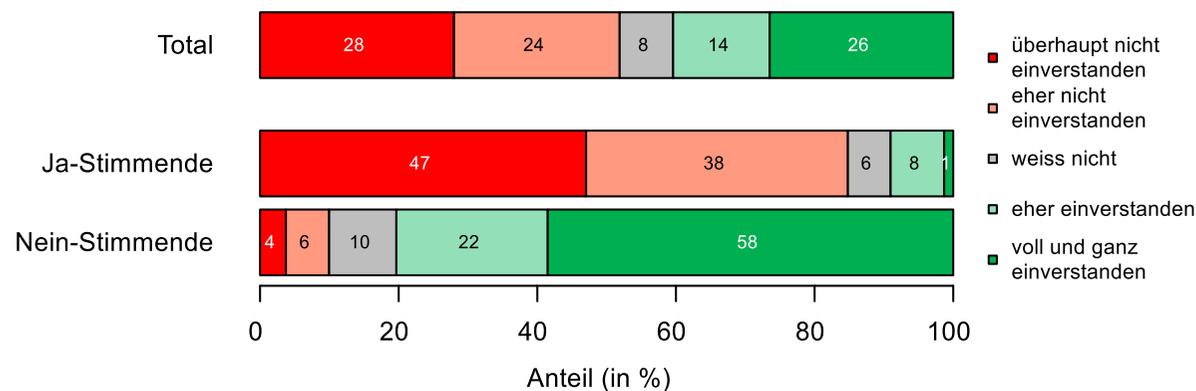


## Anklang der Kontra-Argumente IV

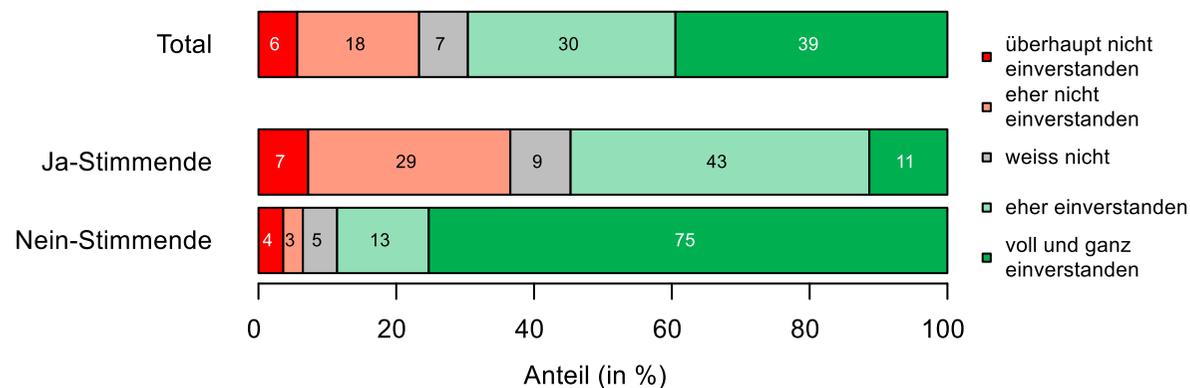
Weitere Kritik erwächst der Institution Währungsfonds von den Gegner:innen dahingehend, dass er letztlich ein verlängerter Arm der US-Justiz sei (80 %). Die Befürworter:innen widersprechen dieser Ansicht klar (85 %).

Einig sind sich die beiden Lager hingegen, dass der Kleinstaat Liechtenstein kaum Einfluss auf den IWF nehmen kann. Sowohl Befürworter- (54 %) wie auch Gegnerschaft (88 %) stimmen diesem Argument zu.

### «Der IWF ist ein verlängerter Arm der US-Justiz.»



### «Der Kleinstaat Liechtenstein kann kaum Einfluss auf den IWF nehmen.»

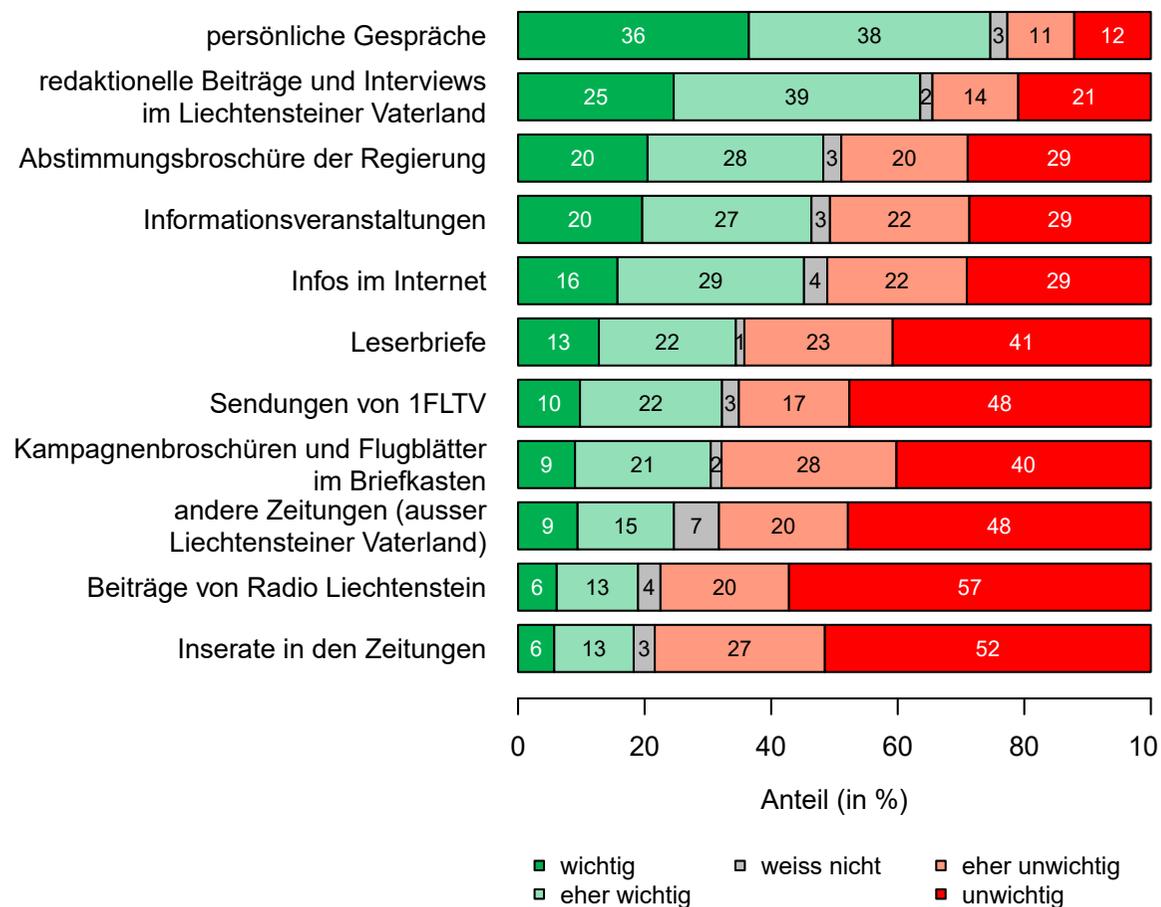


# Wichtigkeit der Informationskanäle

Als besonders wichtiger Informationskanal wird einmal mehr das persönliche Gespräch angegeben. Drei Viertel der Befragten erachten das persönliche Gespräch als wichtig oder eher wichtig (74 %). An zweiter Stelle folgen die redaktionellen Beiträge und Interviews im Liechtensteiner Vaterland (64 %). Die Abstimmungsbroschüre der Regierung wird von rund 48 Prozent als (sehr oder eher) wichtig und von 49 Prozent als (sehr oder eher) unwichtig bewertet.

Alle anderen Informationskanäle wurden von mehr als der Hälfte der Befragten als eher unwichtig oder unwichtig erachtet.

Wichtigkeit Informationskanäle (in Prozent; N = 721)

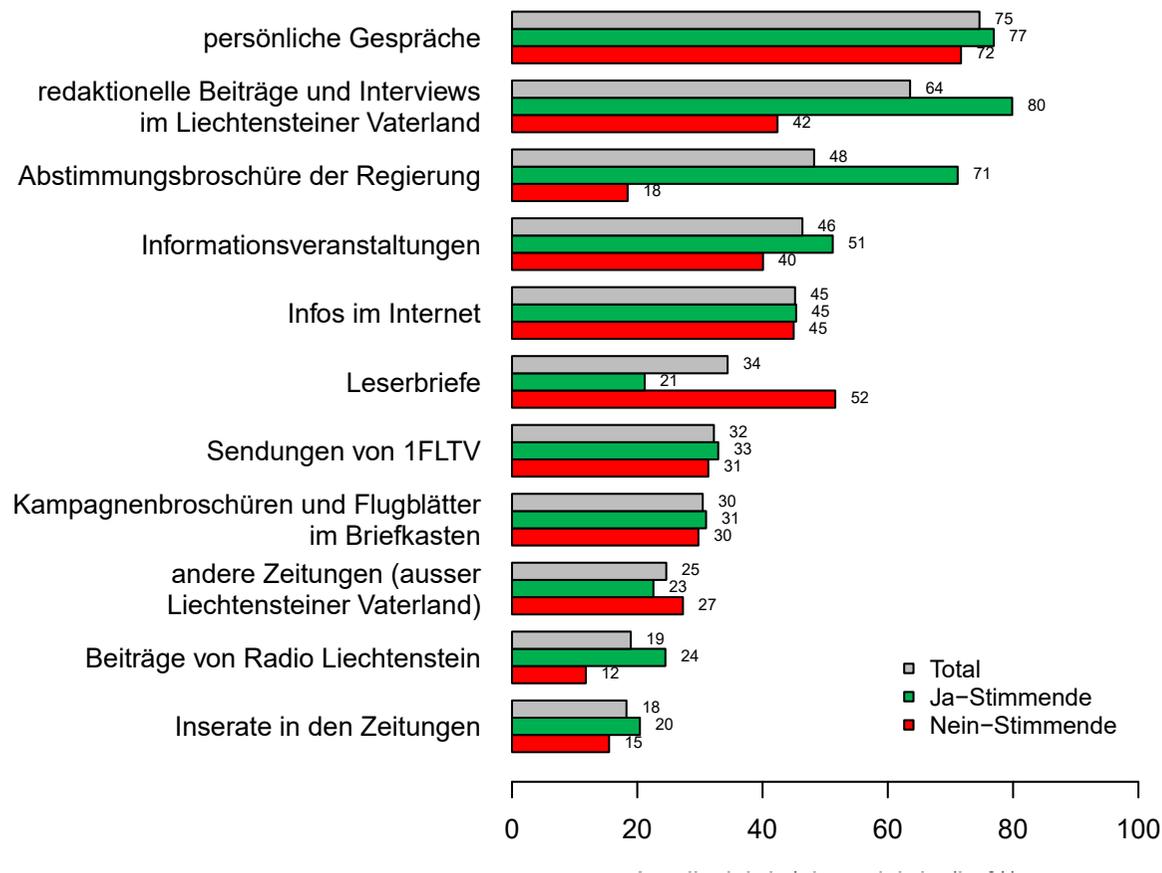


# Wichtigkeit der Informationskanäle nach Entscheid

Aufgeschlüsselt nach Stimmentscheid zeigen sich einige Unterschiede zwischen Befürworter- und Gegnerschaft. Von der Befürworterschaft besonders häufig als wichtig oder eher wichtig für ihre Entscheidungsfindung beurteilt wurden die Abstimmungsbroschüre der Regierung sowie die redaktionellen Beiträge und Interviews im Liechtensteiner Vaterland.

Für die Entscheidungsfindung der Gegner:innen des IWF-Beitritts waren demgegenüber insbesondere Leserbriefe wichtig.

Wichtigkeit Informationskanäle (Anteil «wichtig» und «eher wichtig»; in Prozent; N = 721)

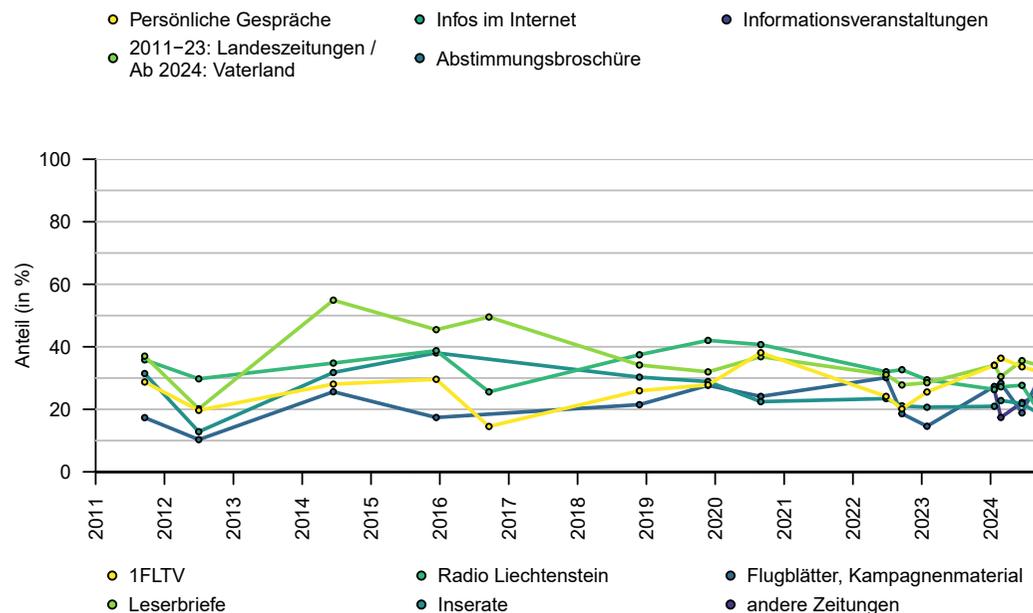
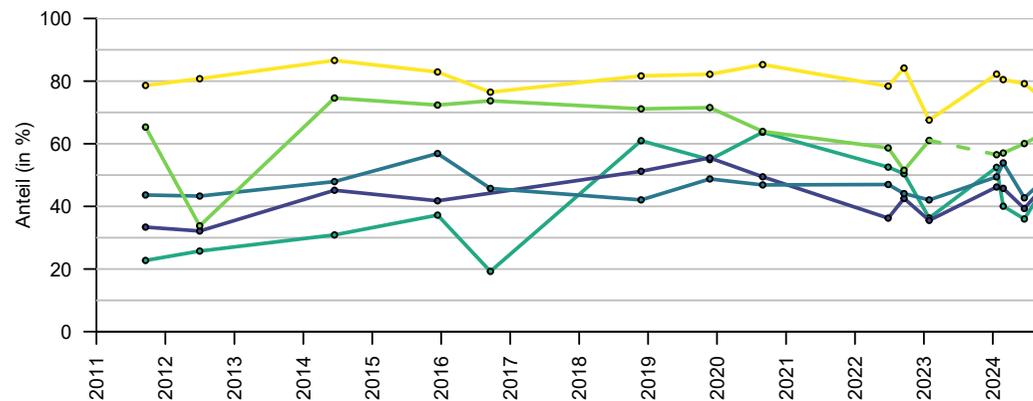


# Wichtigkeit der Informationskanäle über die Zeit

An der Spitze der wichtigsten Informationskanäle hat sich wenig getan. Seit 2011 ist das persönliche Gespräch für die grosse Mehrzahl der Stimmenden der wichtigste Informationskanal. An zweiter Stelle folgt das Liechtensteiner Vaterland. Während das persönliche Gespräch im Vergleich zu den anderen Abstimmungen des Jahres 2024 etwas an Wichtigkeit abgenommen hat, haben die Beiträge im Liechtensteiner Vaterland leicht an Bedeutung zugelegt.

Im Vergleich zur letzten Abstimmung vom 16. Juni 2024 waren neben dem Vaterland insbesondere die Kampagnenbroschüren und Flugblätter im Briefkasten (+12 Prozentpunkte), die Infos im Internet (+10 Prozentpunkte) und die Informationsveranstaltungen (+7 Prozentpunkte) von grösserer Bedeutung. Demgegenüber haben vor allem Beiträge von Radio Liechtenstein (-9 Prozentpunkte) etwas an Bedeutung eingebüsst.

Wichtigkeit der Informationskanäle bei Abstimmungen und Wahlen von 2011 bis 2024 (Anteil «wichtig» und «eher wichtig»; in Prozent)

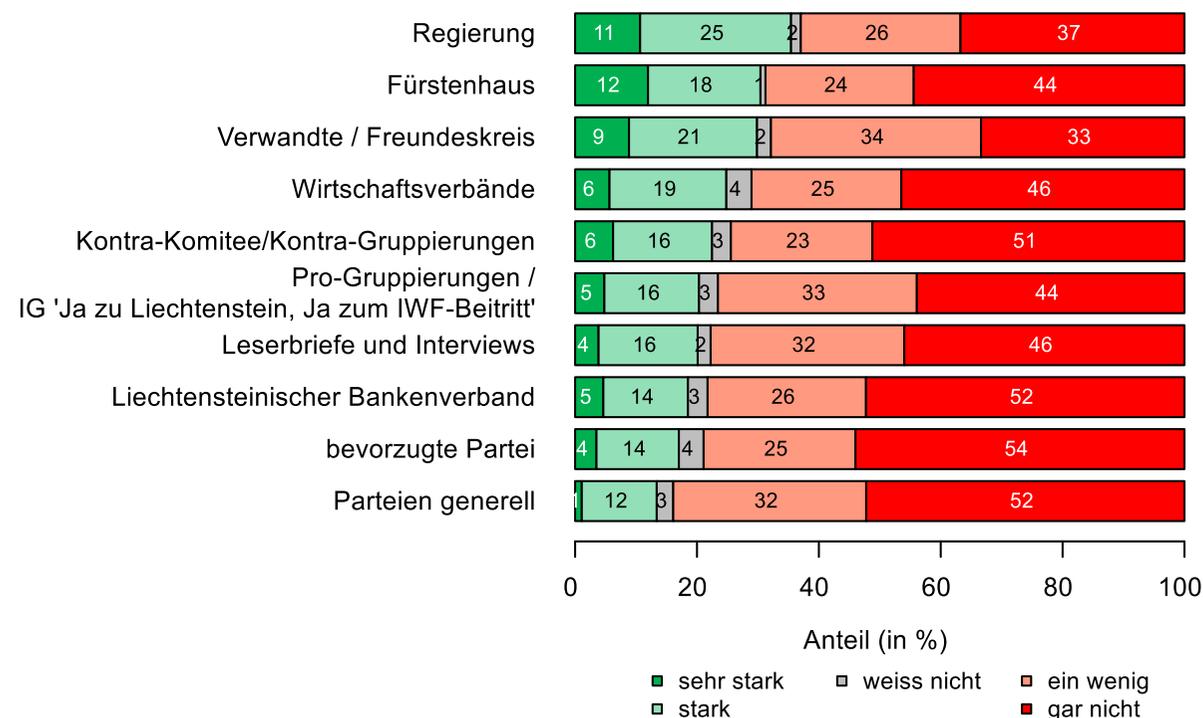


# Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung

Für die Entscheidungsfindung und Meinungsbildung der Stimmenden waren in erster Linie die Empfehlungen und Meinungen von Regierung, Fürstenhaus und Verwandten/Freundeskreis von Bedeutung. Mindestens 30 Prozent bewerten den Einfluss dieser Akteure jeweils als stark oder sogar sehr stark. Rund ein Viertel spricht zudem den Wirtschaftsverbänden eine mindestens starke Rolle zu.

Den geringsten Einfluss wird insgesamt den Parteien zuerkannt, und zwar sowohl den Parteien generell wie auch der jeweils bevorzugten Partei.

Beeinflussung durch Abstimmungsempfehlungen (in Prozent; N = 721)

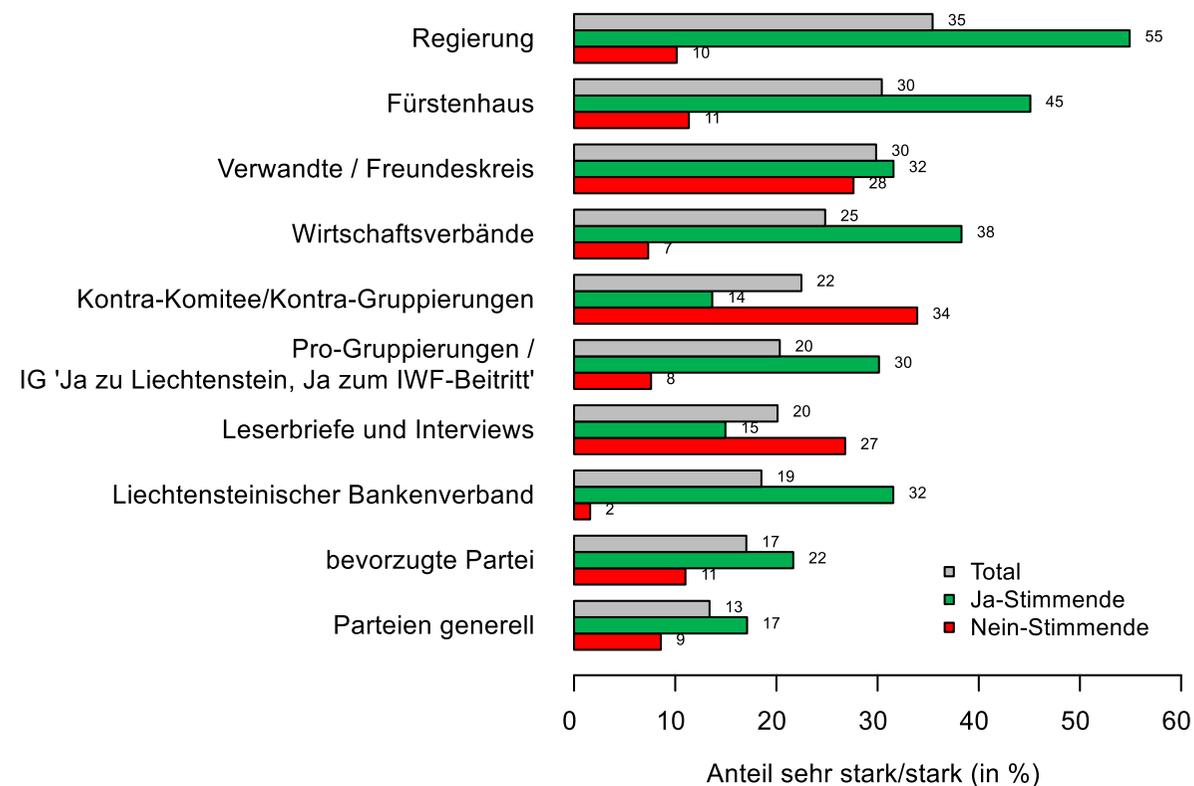


# Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung nach Entscheid

Bei der Bewertung des Einflusses verschiedener Akteure auf die eigene Meinungsbildung zeigen sich naturgemäss beträchtliche Unterschiede zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden. So bewertet eine Mehrheit von 55 Prozent der Ja-Stimmenden den Einfluss der Regierung auf ihre Meinungsbildung als sehr stark oder stark. Aufseiten der Gegnerschaft sind es demgegenüber nur zehn Prozent. Darüber hinaus schreiben 45 Prozent der Befürwortenden, aber nur elf Prozent der Ablehnenden dem Fürstenhaus einen starken Einfluss auf ihre Haltung zu. Ebenso waren die Meinungen der Wirtschaftsverbände sowie des Liechtensteinischen Bankenverbandes für die Ja-Stimmenden von nicht unerheblicher Bedeutung.

Für die Nein-Stimmenden spielten demgegenüber Leserbriefe und Interviews sowie Kontra-Gruppierungen eine bedeutsame Rolle bei ihrer Meinungsbildung.

**Beeinflussung durch Abstimmungsempfehlungen (in Prozent; Anteil «sehr stark» und «stark»; N = 721)**

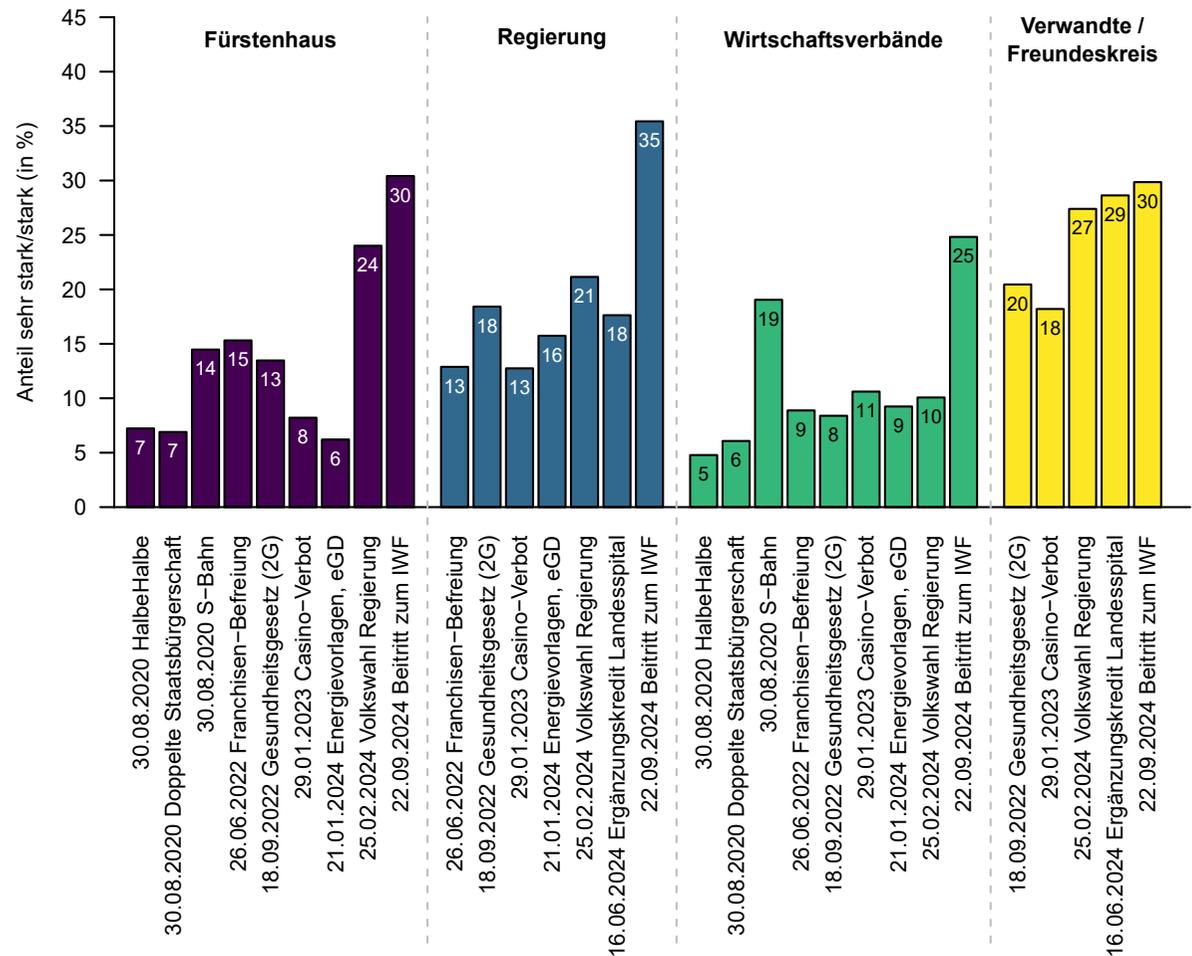


# Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung über die Zeit

Im Vergleich zu Abstimmungen der jüngeren Vergangenheit waren heuer Empfehlungen wichtiger als üblich. Die Empfehlungen bzw. Standpunkte von Regierung und Fürstenhaus erzielten gar Bedeutungshöchstwerte (35 bzw. 30 %). Dies gilt auch für die Empfehlung von Wirtschaftsverbänden, die selten einmal mehr als 10 Prozent betragen, aber am 22. September 2024 von einem Viertel der Stimmenden als bedeutender Faktor der Meinungsbildung bezeichnet wurden. Beim Einfluss aus dem Freundes- und Verwandtenkreis können ähnliche Werte wie in vorangehenden Abstimmungen erkannt werden. Insgesamt wurde die Vorlage – wie weiter oben schon dargelegt – als komplex wahrgenommen, weshalb man sich verstärkt an Empfehlungen orientierte.

Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Mehrheiten der Befragten den erwähnten Akteuren nach wie vor keinen starken Einfluss zuschreiben.

Beeinflussung durch Abstimmungsempfehlungen bei Abstimmungen von 2020 bis 2024 (Anteil «wichtig» und «eher wichtig» in Prozent)



## **Herausgeber**

Liechtenstein-Institut

[www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)

## **Autoren**

Thomas Milic ([thomas.milic@liechtenstein-institut.li](mailto:thomas.milic@liechtenstein-institut.li))

Philippe Rochat ([philippe.rochat@liechtenstein-institut.li](mailto:philippe.rochat@liechtenstein-institut.li))

## **Kooperationspartner Onlineumfrage**

Liechtensteiner Vaterland

**doi:10.13091/li-aktuell-2024-5**

**© Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern 2024**

---

Liechtenstein-Institut | St. Luziweg 2 | 9487 Gamprin-Bendern | Liechtenstein

T +423 320 33 00

[info@liechtenstein-institut.li](mailto:info@liechtenstein-institut.li) | [www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)

